

WordPress Deutsch 2023



Abbildung 1 - Barock's Standarde

Analyse: Reaktionen in Bezug auf den Charakter Alfred Tetzlaff aus der Serie "Ein Herz und eine Seele"

Vor einer Woche, am 15. Januar 2023, war das 50.-jährige Jubiläum der Serie "Ein Herz und eine Seele" die in den 1970ern vom WDR ausgestrahlt wurde. In diesem Eintrag geht es um die Analyse von vier Nachrichtenanbietern bzw. vier Autoren von vier verschiedenen Nachrichtenanbietern. Der Hauptfokus, wie der Titel schon offenbarte, liegt auf dem Charakter Alfred Tetzlaff um den es in den Artikeln hauptsächlich geht.



Abbildung 2 - Köln Seitenflügel des WDR-Funkhauses an der Rechtschule im Jahr 1965
(Bildquelle: [Wikipedia](#))

Hintergrund

Grund für diesen Blogeintrag war die zufällige Begegnung mit diesem "Kultcharakter" (wie Tetzlaff beschrieben wird) in Artikeln von verschiedenen Nachrichtenagenturen. Da ich selber die Serie "Ein Herz und eine Seele" noch nie gesehen habe, geht es hier nur um eben diese Persönlichkeit dessen Charakter übereinstimmend in allen vier Quellen beschrieben wurde.

Drehbuchautor dieser Serie war Wolfgang Menge (10. April 1924, Berlin - 17. Oktober 2012, ebenda) der zuvor schon durch seine anderen Werke bekannt wurde wie "Das Millionen-spiel" (1970) und "Smog" (1973)¹. Die Serie "Ein Herz und eine Seele" basiert auf der engli-schen Sitcom "Till Death Us Do Part" die von 1965 bis 1975 in Großbritannien lief.

Wie zuvor schon erwähnt war die Erstausstrahlung am 15. Januar 1973 ("Das Hähnchen") und die letzte Folge lief am 22. November 1976 ("Schlußwort"). Tagesaktuelle Ereignisse wurden auch kurzfristig in die Dialoge eingearbeitet, aufgenommen wurden die Folgen kurz-fristig am Tag ihrer Ausstrahlung vor einem Studiopublikum.

Analyse

Gegenstand meiner Analyse war Der Tagesspiegel, die Süddeutsche Zeitung, Stern und die Jüdische Allgemeine. Ich habe jeweils eine Kurzversion jedes Artikels in Tabellenform ange geben, mit Logo, wie es auf mich gewirkt hat (Wirkt) und dem Autor. Nur bei dem Artikel von Stern konnte ich kein Autor finden, weshalb dort ein "?" steht.

Die Artikel an sich sind länger, deshalb ist nur das in der Kurzversion drin was mit Tetzlaff zu tun hat und/oder die Reaktionen während der Laufzeit.

Kategorisierung

In "Wirkt" beschreibe ich meine subjektive Wahrnehmung der Artikel, wobei "Kritisch-Positiv" heißt dass sich ein Autor mit dem Artikel kritischer befasst hat aber eher ein positives Bild von dem Charakter und der Serie gesamt hat; "Kritisch-Negativ" ist ähnlich wie Ersteres, nur eben dass die kritische Auseinandersetzung vom Autor eher ein negatives Bild von dem Charakter und der Auswirkungen der Serie insgesamt hat, und schließlich noch "Enthusias-tisch" dass sich anders nicht beschreiben lässt mit der hochlobenden Art.

Erläuterungen dazu kommen nach der Tabelle die die Kurzversion zeigt:

Reaktionen einzelner Autoren von vier ausgewählten Nachrichtenanbieter				
Logo	DER TAGESSPIEGEL	Süddeutsche Zeitung		JÜDISCHE ALLGEMEINE
Wirkt	Kritisch-Positiv	Enthusiastisch	Kritisch-Positiv	Kritisch-Negativ
Kurzversion	<p>Im Tagesspiegel wird gleich anfangs auf die Kontroverse der Serie in der deutschen Öffentlichkeit eingegangen. Die einen wegen seiner reaktionären Haltung und andere wegen dem herumfliehe.</p> <p>Tetzlaff sei der in 70er-jahren weit verbreitete Männertypus wie er in Wattenscheid vorzufinden war. Doch die Serie an sich habe auch tagesaktuelle Themen wiedergegeben.</p> <p>Hier, wie in den anderen drei Artikeln, wird die englische Serie <i>Till Death Us Do Part</i> als Inspiration genannt, bzw. eingedeutscht, die schon 1965 lief.</p>	<p>Der Autor äußert sich sehr positiv zur Serie, besonders Alfred Tetzlaff, die die „hübschen Kulissen der verlogenen Ohnsorg-Millowitsch-Komödienstadl-Welt“ eingrissen habe.</p> <p>Die Sprüche seien schwer verständlich für die heutige Generation oder kaum zu ertragen.</p> <p>Zips argumentiert, dass es Kritik auch an der deutschen Gesellschaft der 1970er war (den Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit, Rassismus und damit auch die Altnazis).</p>	<p>Der Stern-Artikel geht genauer auf die Serie und Tetzlaff ein (sein reaktionäres Weltbild, die herablassende Behandlung seiner Familie und Tendenz zum Fluchen).</p> <p>Auch wenn die Serie sehr bekannt und zum Gesprächsstoff Millionen geworden ist, so habe der Drehbuchautor Wolfgang Menge die Serie als überwertet empfunden. Die Publikumsresonanz und der Kultcharakter habe ihm dennoch gefallen.</p> <p>Auch gebe die Serie Einblick in die kleinbürgerliche Familie Anfang der 70er-Jahre, so hatten die Tetzlaffs anfangs z. B. auch kein hauseigenes Telefon.</p>	<p>In der jüdischen Allgemeinen beginnt der Autor mit der ersten Folge der Serie die schon einen Aufschrei erzeugt habe. Demnach befürchteten einige, dass sie die „schlummernde rassistische und antisematische Gemütslage der Deutschen zu neuem Leben erweckt“.</p> <p>Nach 16 Folgen wurde die Serie eingestellt, da vor allem die regierende SPD auf Entschärfung drängte. Danach lief sie nur noch bis Folge 25. Hafner habe Tetzlaff noch nie gemocht, ebenso wie der Schauspieler Schubert der ihn verkörperte. Unter anderem, weil manche Leute ihn mit einem Hitlergruß begrüßt haben wenn er erkannt wurde.</p> <p>Der Autor habe auch feststellen müssen, dass viele Deutsche noch einen „inneren Alfred“ abrufbar hatten.</p>
Autor/in	Joachim Huber	Martin Zips	?	Georg M. Hafner

Erläuterung

Im Tagesspiegel wurde der Artikel unter der Rubrik "Gesellschaft" veröffentlicht. Dort wurde nicht nur geschrieben wie außergewöhnlich die Sendung gewesen sei in dieser Zeit, sondern auch die Reaktionen darauf. Hier, wie in allen anderen Artikeln, wird auch erwähnt dass manche den Schauspieler mit Hitlergruß begrüßt haben weil sie nicht die Satire verstanden haben oder verstehen wollten. Ein leicht kritischer Blick lässt sich erkennen, auch wenn die rhetorischen Fragen wie "*Gibt es noch Fernsehen, das sich solches traut?*" (in Bezug auf die Einbindung tagesaktueller Themen) oder "*Hätte ein „Ekel Alfred“ heute noch Chancen auf Auftritt und Applaus? Fällt das nicht alles aus dem Rahmen dessen, was als „politisch korrekt“ gelitten ist?*" einen klaren positiven Schwung verzeichnen.

In der Süddeutschen Zeitung wurde der Artikel unter der Rubrik "Politik -> Fernsehen" veröffentlicht. Wie schon in der Kurzversion geschrieben hat der Autor eine sehr positive Meinung zur Serie, was auf mich sogar enthusiastisch gewirkt hat. So das bereits erwähnte Zitat in voller Länge: "*Es war die ganz große Zeit von Marika und Liselotte, Helmut und Hansi. Dann aber, vor exakt 50 Jahren, tauchte erstmals der nordrhein-westfälische Materiallagerverwalter Alfred Tetzlaff im Wohnzimmer auf, in der TV-Serie "Ein Herz und eine Seele". Und wie er sie einriss, die hübschen Kulissen der verlogenen Ohnsorg-Millowitsch-Komödienstadel-Welt!*" und "*Im Gegensatz zu Ekel Alfred schmissen sich die, die eine der begehrten 80 Eintrittskarten für die Aufzeichnung erhalten hatten, im Studio vor Lachen fast weg*". Hier wird ebenfalls dieser zweifelhafte Ruhm erwähnt und wie der Schauspieler mit Hitlergruß von manchen begrüßt wurde. Er argumentiert, dass die Serie aber ebendiesen Antisemitismus, Frauen- und Ausländerhass aufzeigen wollte wie er noch in der Gesellschaft zu dieser Zeit vorhanden war - und die Altnazis in Vereinen.

Danach beginnt wieder das hochlobende und schon zumindest leicht trivialisierende in Bezug auf den realen Rechtsextremismus.

Im Stern wurde der Artikel unter der Rubrik "Kultur -> TV" veröffentlicht. Gleich am Anfang wird Tetzlaff als chauvinistisch charakterisiert und wie es das Klischee des "*reaktionären deutschen Spießers und Besserwissers*" sei. Hier werden ebenfalls über die Protestbriefe und die Kontroverse geschrieben. Wie in den Artikeln zuvor die auch die Zitate vom Tetzlaff enthalten, wird das eher feindselige Verhalten zur Familie deutlich und vielen anderen: "*Diesem Vertreter eines nicht nur in den 70ern weit verbreiteten Männertypus sind die "Sozis" an der Macht ebenso suspekt wie Juden, Ausländer oder undeutsches Essen (Pizza!).*"

Im ganzen, wie im Tagesspiegel, auch eine positive Haltung des Autors zu erkennen.

In der Jüdischen Allgemeinen wurde der Artikel unter der Rubrik "Kultur" veröffentlicht. Gleich am Anfang wird deutlich gemacht, dass der Autor den Charakter nie mochte. Über die Auswirkung auf den gesellschaftlichen Diskurs wird hier ebenfalls berichtet: "*Der Aufschrei war laut und kam von allen Seiten. Die einen erblickten sich im Spiegel, fühlten sich beleidigt und ertappt. Die anderen befürchteten, mit »Ekel Alfred« werde die nur schlummernde rassistische und antisemitische Gemütslage der Deutschen zu neuem Leben erweckt.*"

Doch es geht weit über die persönliche negative Einstellung des Autors zum Charakter des Tetzlaffs hinaus, so wird über die politische Reaktion geschrieben in der die regierende SPD auf das entschärfen der Serie bestand und deshalb die Sendung schon nach 16 Folgen erstmals eingestellt wurde bevor sie wieder anlief - in umgestalteter Form, aber nur kurzlebig.

Weiter wird darauf eingegangen warum der Autor die Serie so problematisch fand. So habe zu dieser Zeit noch 50% der Deutschen gemeint, dass der Nationalsozialismus guten Seiten gehabt hätte wie Ruhe, Ordnung, Disziplin und weniger Verbrechen. Ob die italienischen Gastarbeiter lieber unter sich bleiben und keine neuen mehr reingelassen werden sollten, stimmten dem 61% der Befragten zu.

Zwar basiere die Sitcom auf der englischen Version "Till Death Us Do Part", doch im Kontext der zwei Umfragen fügt der Autor hinzu: *"Doch was im Mutterland der Demokratie ungefährlich war und selbstverständlich als Ironie verstanden wurde, war hierzulande durchaus ein Wagnis, denn es setzte Vertrauen in die demokratische Widerstandsfähigkeit des neuen Deutschland voraus."* In Bezug auf heute sei die Sprachsensibilität eine große Errungenschaft und so eine Figur lächerlich, doch ein Grund zur Entwarnung ist es nicht da seine "Enkel" nun auf sozialen Medien oder in Parlamenten äußern und in den neuen Bundesländern hohe Umfragewerte genießen.

Wie zu erkennen ist, ist die Kritik umfangreicher in der Jüdischen Allgemeinen und deutlich negativ in Bezug auf den Hauptcharakter, hier wird der historische Kontext miteinbezogen mit der persönlichen Meinung und das aktuelle wird ebenfalls miteingebunden.

Anmerkung: Während dem schreiben dieses Artikels und dem nochmaligen durchlesen der Artikel habe ich das starke Gefälle zwischen Kritisch-Positiv und Kritisch-Negativ bemerkt; letzteres war sehr viel ausführlicher und ersteres beschränkte sich auf die Publikumsreaktion und die erhöhte Sensibilität der heutigen Gesellschaft was in Verbindung mit der Aussage über "politische Korrektheit" wohl als Kritik an jener Sensibilität zu verstehen ist. Anstatt Kritisch-Positiv ist daher eher "Positiv-Kritisch" anwendbar, da der positive Eindruck der Serie und damit des Charakters dominanter bei den Autoren ist.

Kultcharakter der Vergangenheit

Gesellschaften verändern sich mit der Zeit, und Alfred Tetzlaff fiel in jene Phase des anfängenden Umbruchs in der Vergangenheitspolitik Westdeutschlands. Schon damals löste sein Charakter eine Kontroverse aus und im Kontext der gesellschaftlichen Verhältnisse (68er-Bewegung, Ende Konrad Adenauer Ära, etc.), und wie sein Typus von manchen als bestätigend empfunden wurde, war er eine Bestandsaufnahme des Reaktionären und hatte seinen Platz in dieser Zeit: *"Aber Menges „Alfred Tetzlaff“-Charakter fand sofort als Synonym für kleinbürgerlich-reaktionäres Gebaren und Gerede unmittelbar Eingang in die Alltagssprache, wurde also sprichwörtlich. So verglich zum Beispiel der damalige Postminister Horst Ehmke im Februar 1974 in einer Bundestagsdebatte den CDU-Politiker Alfred Dregger mit Alfred Tetzlaff."*¹

In Zeiten des ansteigenden Rechtsextremismus, und damit auch dem Antisemitismus, Xenophobie (Fremdenfeindlichkeit) und Frauenhass (durch Individuen wie Andrew Tate) würde eine Wiederbelebung der Serie sehr wahrscheinlich auf denselben wenn nicht noch größeren Protest stoßen. Das Umfeld müsste dementsprechend auch erneuert* werden, ansonsten gibt es bis auf die Nostalgier und Reaktionäre kaum ein Publikum. Im Endeffekt wäre also eine Wiederbelebung nicht angemessen und selbst wenn, mit den erwähnten drastischen Änderungen würden die Nostalgier wahrscheinlich nicht zufrieden sein.

Die erhöhte Sensibilität wird nicht nur im Zusammenhang mit der Serie von einigen kritisiert, dabei wird übersehen - willentlich oder unwillentlich - das eben jene moderne Sensibilität

auch den Minderheiten zugute kommt die dadurch mehr Gehör finden. In einer demokratischen Gemeinschaft ist dies essentiell, ansonsten kann es als Versuch der Ausgrenzung durch die Bestätigung von Vorurteilen interpretiert werden. Eine andere Herangehensweise ist also vonnöten, um in der heutigen Gesellschaft eine erfolgreiche Sitcom zu produzieren** (tagesaktuelle Themen können so oder so eingebaut werden).

In Kurz: Seit der Entstehung der Serie vor 50 Jahren hat sich einiges in der deutschen Gesellschaft getan. Deutschland wurde wiedervereinigt, mit den Wehrmachtsausstellungen wurde die Rolle der Wehrmacht in den Kriegsverbrechen in der Öffentlichkeit thematisiert (ebenso in Sachbüchern), die Gesellschaft als ganzes wurde sensibler wenn es um Antisemitismus, Rasismus und Frauenfeindlichkeit geht und das wohnen an sich wurde auch sehr viel moderner (Mobiltelefon, Internet, usw.).

*Unverändert würde es keine Resonanz finden aufgrund der fehlenden Identifikation. Es reicht nicht, nur das Umfeld (also die Wohnung und die politischen Themen) an das 21. Jahrhundert anzupassen, sondern auch die gesellschaftlichen Werte wie die schon erwähnte Sensibilität die nun deutlich höher ist. Ein Tetzlaff ist da Fehl am Platz.

**Eine Charakterentwicklung in der z. B. eine ältere Person Vorurteile abbaut und anfangs damit hadert. In Deutschland würden sich die 1990er sich dazu eignen, da nicht nur die DDR aufhört zu existieren sondern auch der saubere Wehrmacht Mythos in der Öffentlichkeit widerlegt wird durch Ausstellungen und Sachbücher zu dem Thema.

Schluss

Hier habe ich jetzt nur die Reaktionen und den Charakter an sich anhanddessen analysiert, doch vielleicht wird sich der ein oder andere mit der Serie insgesamt auseinandersetzen und ein umfassenderes und tiefgreifenders Werk schaffen.

(Dies ist auch meine erste Auseinandersetzung dieser Art, zukünftige werden vermutlich etwas anders aussehen je nachdem ob für sowas überhaupt Interesse gibt)

Quellen

¹ Berliner Wolfgang Menge schrieb Fernsehgeschichte

<https://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article110024038/Berliner-Wolfgang-Menge-schrieb-Fernsehgeschichte.html>

„Ein Herz und eine Seele“: Ein Ekel namens Alfred

<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/ein-herz-und-eine-seele-ein-ekel-namens-alfred-9105649.html>

Jubiläum einer Kultserie: Ein Ekel wie du und ich

<https://www.sueddeutsche.de/politik/ekel-alfred-alfred-tetzlaff-wdr-sitcom-fernsehen-siebziger-1.5731634>

Jubiläum 50 Jahre Ekel Alfred: Serie "Ein Herz und eine Seele"

<https://www.stern.de/kultur/tv/jubilaeum--50-jahre-ekel-alfred--serie--ein-herz-und-eine-seele--33056260.html>

>>Ein Herz und eine Seele<< Ekelhafter Charme

<https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/ekelhafter-charme/>

(Veröffentlicht: 24. Januar 2023, 20:54 Uhr)

Krisensimulationen für angehende Politiker (KSAP)

Es ist Februar 2023 und die Menschheit ist mit vielerlei Krisen konfrontiert - nicht nur inländische (wie die Flutkatastrophe im Ahrtal) sondern auch internationale (z. B. den fortschreitenden Klimawandel und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine).

Diese Idee von den Krisensimulationen, die von Historikern, Volkswirtschaftler, Wissenschaftler und anderen konstruiert würden, soll dazu dienen den zukünftigen Politiker und Politikerinnen mit den notwendigen Fähigkeiten und Wissen auszustatten um jetzige und zukünftige Krisen entweder zu vermeiden, zu lösen oder abzumildern.

Übersetzung und leichte Modifizierung des englischen Eintrags "Political Scenario Simulations for Emerging Politicians (PSSEP)"

Anmerkung: Ich verwende nicht immer beide Formen (z. B. Wissenschaftler/innen), meine dennoch beide Geschlechter.



Politische und wirtschaftliche Krisen plagen die Welt schon seit Jahrhunderten, hinzu kommt die Klimakrise die uns mit noch mehr Herausforderungen konfrontiert - von Hitzewellen zu Überflutungen. Folglich sollten angehende Politiker/innen darüber unterrichtet werden und einem umfangreichen Training unterzogen werden. In diesem Training sollen sie dann lernen wie man am effektivsten Krisen handhabt sowie mit dem auftretenden Problemen mit Krisen in Berührung kommen.

In diesem (übersetzten) Blogeintrag stelle ich meine Idee vor und wie weit ich gedanklich bisher gekommen bin. Nun zur KSAP...

Wie Sie vielleicht selber wissen - entweder aus eigener Erfahrung oder durch Lesen/Gesprächen - gibt es manche Berufe die angehenden einer strengeren Prüfung unterziehen. Dazu kann Praxis in einer simulierten Umwelt stattfinden (z. B. werden Astronauten unter Wasser trainiert um die Schwerkraft im All zu simulieren) und/oder mit speziellen Maschinen (z. B. Flugsimulator für Piloten).



Abbildung 3 Bild Quelle: ESA
Ein typisches Training in 12-Meter Tiefe kann bis zu 6 Stunden dauern ([ESA](#))



Abbildung 4 - Der Flugsimulator von der Lufthansa Aviation Training (Bombardier CRJ-100)



Abbildung 5 - Flugsimulator von innen (Lufthansa Aviation Training)

Da Politiker/innen ebenfalls Verantwortung tragen, besonders (große) wenn sie in der Regierung sind, dann ergibt es meiner Ansicht nach Sinn dass sie eine Ausbildung dieser Art auch durchlaufen müssen - egal wie sozialliberal oder konservativ sie sein mögen.

In den Krisensimulationen gibt es zwei Kategorien:

1. Vergangene Krisen

In dieser Kategorie können Krisen wie die der Weltwirtschaftskrise vom Jahr 1929 oder die Große Rezession von 2007/2008 gewählt werden. Die Teilnehmer handeln mit dem Wissen das zu diesem Zeitpunkt vorhanden war (z. B. Studien bis zu diesem Zeitpunkt) und müssen dann Entscheidungen treffen um jene Krisen entweder zu verhindern oder abzumildern. Historiker und andere Experten analysieren dann die Lösung und geben das Ergebnis bekannt. Die Simulation endet dann, wenn die Krise ganz verhindert, die Auswirkungen gemildert oder es zur einer Eskalation kam.

2. Zukünftige Krisen

Hier werden mögliche zukünftige Krisen auf jetzige Umstände und Tendenzen gestützt (z. B. ein Konflikt zwischen zwei Nachbarländern) und Sachen wie die Klimakrise mit ihren Auswirkungen thematisiert. Die angehenden Politiker/innen werden mit einer Naturkatastrophe oder einem Konflikt konfrontiert, wobei letzteres von einer Zunahme von Spannungen bis zu einem regelrechten Krieg reichen kann.

Während der Krise ist es ihnen erlaubt Historiker zu fragen um ein tieferes Verständnis über die Länder zu entwickeln oder andere Experten (je nach Szenario).

Wie es mit der Kategorie "Vergangene Krisen" ist, so endet es auch hier entweder mit der kompletten Abwendung einer Krise, einer Abmilderung oder Eskalierung.

Danach ist den Teilnehmern ein konstruktives Feedback zu geben und wie sie sich das nächste mal verbessern können (Teamarbeit und Kooperationsfähigkeit werden somit auch bewertet). Ich empfehle zumindest 3 Krisensimulationen durchzumachen aus den folgenden Gründen:

1. Die erste Krise ist von der Schwierigkeit die einfachste, quasi als Eingewöhnungsphase.
2. In der zweiten Simulation ist es eine "Standard" Schwierigkeiten (d.h. bei historischen Krisen wird es akkurat wiedergegeben). Aufgrund der Eingewöhnungsphase sollten nun die Teilnehmer schon besser reagieren können.
3. Schließlich ist die letzte Simulation die schwierigste (z. B. mehrere Krisen wie eine Pandemie und Korruption). Letzten Endes kann man ja nicht wissen mit was man in der Zukunft konfrontiert wird und ob sich diese häufen.

Die Pause zwischen den Simulationen beträgt 1-2 Monate, ansonsten besteht die Gefahr dass die Teilnehmer das Wissen verlieren anstatt es über die Zeit zu vertiefen. Die Simulationen an sich werden 2-3 Tage dauern (auch länger wenn nötig).

Am letzten Tag wird eine Rückmeldung gegeben (evtl. auch mit persönl. Gespräch).

Krisenprävention

Am Ende der Simulation werden die Teilnehmer dann nochmal befragt wie sie die Krise verhindert hätten (d.h. auch mehrere Jahre oder Jahrzehnte in die Vergangenheit vor der Krise zurückreisen, ebenfalls unter den Bedingungen zu dieser Zeit). Hier können Experten dann ebenfalls ein tieferes Hintergrundwissen vermitteln, wie es im Normalfall auch Zugang zu Expertenmeinungen gäbe und das eingearbeitet werden kann.

Eine Bewertung erfolgt dann auch hier ob eine Krise "ganz verhindert", "vermildert", "verzögert" oder sogar "verschlimmert" wurde.

Zertifikat

Wenn dieses Training absolviert wurde erhält man dann ein Zertifikat das bestätigt, dass man die Krisensimulationen absolviert hat. Natürlich muss dieser Teil auch noch fertig entwickelt werden wie es dann genau aussähe.

Lokale Variationen

Eine Beschränkung auf die nationale Ebene (bzw. der Bundesebene in Deutschlands Fall) ist dabei nicht notwendig. So kann es auch auf lokaler Ebene repliziert werden in der eine Krise nur ein kleines Gebiet oder eine Region erfasst hat. Die Herangehensweise wäre jedoch dieselbe (also drei Simulationen usw.).

Schlusswort

Wie immer bin ich offen für konstruktive Diskussionen. Dies war wie damals am 11. April 2021 als Ideenanstoß gedacht um die Krisenbewältigung effizienter zu gestalten.

(Veröffentlicht: 3. Februar 2023, 22:35 Uhr)

Ein Jahr Krieg

(Ein Kommentar)

Vor einem Jahr, genau an diesem Tag um 4 Uhr in der Früh, hat der russische Aggressionskrieg begonnen. Das Ziel der russischen Führung, einen Sieg innerhalb kurzer Zeit zu erringen, wurde komplett verfehlt. Nicht nur hat die Ukraine erfolgreich den Feind mehrere Male zum Rückzug gezwungen und große Gebiete zurückerobert, sondern ihr Präsident - Włodymyr Selenskyj - hat wie die Bevölkerung von Anfang an Mut und Standhaftigkeit gezeigt. Des Weiteren wird jeden Tag mehr und mehr des Barbarismus der russischen Armee aufgedeckt. Der Krieg selbst ist noch lange nicht vorbei.

In der Ukraine entscheidet sich das europäische Schicksal!



Abbildung 6 - Ukrainische Flagge mit Wappen (Quelle: [Wikipedia](#))

Erfolgreicher Widerstand

Am heutigen Tage vor einem Jahr, um 4 Uhr morgens, begann der russische Aggressionskrieg. Trotz des ständigen Terrors seitens der Invasoren bleibt der Widerstand der Ukrainer und Ukrainerinnen ungebrochen. Die ukrainische Armee konnte verlorene Gebiete zurückerobern und hat dadurch auch Kriegsverbrechen aufgedeckt wie sie in Butscha von den Invasoren begangen worden war. Vor allem durch die Unterstützung der USA, Polen, den baltischen Staaten (Litauen, Lettland und Estland) und anderen Ländern (wie Großbritannien, die Niederlanden und Deutschland) konnte der russische Imperialismus erfolgreich durch die mutigen ukrainischen Kämpfer zurückgeschlagen werden (siehe [Anteil nach BIP](#) und [Top 10 Unterstützer](#), Statista).



Abbildung 7 - Die Front Stand 24. Februar 2023. Das dunklere grau sind die zurückerobernten Gebiete durch die ukrainische Armee, das rote zeigt die von russischen besetzten Gebiete und das gestrichelte rote die besetzte Krim die 2014 annexiert wurde (Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#))

Seit Russlands Aggression begonnen hat sahen sich über 8 Millionen Ukrainer/innen gezwungen in verschiedene europäische Länder zu fliehen, 5,4 Millionen flohen innerhalb des Landes (Binnenflüchtlinge), 19,3 Millionen sind betroffen von der internen Vertreibung und es gibt 17,6 Millionen bedürftige Menschen ([reliefweb](#), [IOM UN Migration](#)).

Seit dem 24.02.2022 wurden 8.006 Menschen getötet - davon waren 7.519 Erwachsene und 487 Kinder - und 13.287 Zivilisten verwundet - 12.333 Erwachsene und 954 Kinder - (Stand: 15. Februar 2023, [Statista](#)). Die Dunkelziffer dürfte noch weitaus höher sein, da es durch den Kriegszustand Verzögerungen gibt und durch die stetige Gefahr es schwerer ist alle Opfer des Krieges zu erfassen. Auch die systematische sexuelle Gewalt die von russischen Soldaten verübt wird ist noch Gegenstand von Untersuchungen, aber schon jetzt zeichnet sich das grauenvolle Ausmaß ab: das jüngste bekannte Opfer ist ein vierjähriges Mädchen - deren Eltern zuvor vor ihren Augen vergewaltigt wurden - und die ältesten Opfer sind über achtzig (80) Jahre alt. 156 Fälle sexueller Gewalt wurden von der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft schon registriert, eine Zahl die nur die Opfer umfasst die sich auf ein Strafverfahren einlassen. Männer sind auch eine betroffene Gruppe, hier gibt es Fälle der Kastration und verschiedenen anderen Formen von genitaler Gewalt ([Tagesschau](#)). Der ukrainische Generalstaatsanwalt Andriy Kostin teilte mit, dass die Behörden bereits 65.000 russische Kriegsverbrechen registriert haben, diese beinhalten der willkürliche Beschuss von Zivilisten, vorsätzliche Tötung, Folter, Konfliktbedingte sexuelle Gewalt, Plünderung und erzwungene Vertreibung im großen Stil. Nach Kostin wurden sogar bereits 14.000 ukrainische Kinder in Russland zur Adoption gezwungen, schließlich gäbe es noch die Zerstörung von Gebäuden: insgesamt wurden schon mehr als 75.000 Gebäude zerstört, darunter Wohnhäuser, Schulen und Krankenhäuser. Nicht zu vergessen ist die absichtliche Zerstörung der Infrastruktur während der Wintermonate um Hunger und Kälte als Mittel des Terrors zu verwenden. Durch diese verbrecherische Kriegsführung wurde fast die Hälfte der ukrainischen Energiebranche zerstört ([CNBC](#)).

General Eirik Kristoffersen, Befehlshaber der norwegischen Streitkräfte, sagte in einem Interview mit TV2 das ihren Schätzungen nach schon 180.000 russische Soldaten gefallen sind in diesem Krieg. Auf ukrainischer Seite sind es demnach bis jetzt 100.000 Soldaten die für ihr Vaterland im Verteidigungskrieg gefallen sind. Jedoch sei der General nicht genauer darauf eingegangen wie sie es kalkuliert haben ([abc news](#)).

Die verbrecherische Kriegsführung ist angetrieben von der russischen imperialistischen Fantasie, und deren Fantasie beschränkt sich nicht nur auf das Land Ukraine sondern auch auf die baltische Staaten und alle anderen Länder die Teil der Sowjet Union waren. Es wird nicht nur um die territoriale Integrität eines souveränen Landes gekämpft, sondern auch um dessen Recht auf Selbstbestimmung, um die bereits erkämpfte Demokratie und deren Zukunft, um Menschenrechte und die Zukunft Europas. In den russischen Propagandasendungen wird immer und immer wieder über die Eroberung Europas geschwärmt, vor dem Krieg war es schon immer in der Interesse Putins die Demokratien zu untergraben durch gezielte Desinformationkampagnen und die Gesellschaften zu destabilisieren. Putin ist schon länger im Krieg mit uns, auch wenn es bisher bei uns nur auf der politischen und teils verdeckten Ebene geschah. Mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine wird nun diese Träumerei nicht nur politisch sondern auch militärisch durchgesetzt - sowie es in Georgien im Jahr 2008 geschah und in der Krim im Jahr 2014.

Folglich ist es eine demokratische Pflicht sich diesem Wahn und dieser Diktatur entgegenzustellen - auch um die Gräueltaten ein und für alle Mal zu beenden, dies gelingt nur mit einem

ukrainischen Sieg. Wenn wir für das stehen was in unserem Grundgesetz und in den Menschenrechten niedergeschrieben steht, wenn Solidarität und wehrhafte Demokratie wirklich Begriffe mit Bedeutung sind, dann können wir nicht anders als weiterhin die Ukraine mit humanitärer und militärischer Hilfe beiseitezustehen. Solidarität kennt keine Grenzen, wenn sie wahrhaftig ist. Eine wehrhafte Demokratie kennt nicht nur innere Feinde wie sie die Reichsbürger darstellen, sondern auch äußere Feinde wie Putin's Regime.

Die fünfte Kolonne

Da wir schon von Reichsbürgern sprechen, so müssen wir uns auch den anderen subversiven Elementen in unserer Gesellschaft entgegenstellen. Eine [Verschwörung von Reichsbürgern](#) wurde schon aufgedeckt, dort gab es Namenlisten von öffentlichen Personen (von Politik bis zum öffentlichen-Rundfunk) und eine Ansammlung an Waffen: *"Die Ermittler hatten bei ihrer Razzia insgesamt 93 Waffen beschlagnahmt, berichtete die "Welt". Darunter seien 19 Faustfeuerwaffen sowie 25 Langwaffen. Auch Messer, Armbrüste, Dekowaffen und Schreckschusspistolen seien gefunden worden. Hinzu kommen dem Bericht zufolge rund 200 legale Waffen eines Waffenhandlers, der ebenfalls zu den Beschuldigten gehöre."*

Teil der Verschwörung war die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete und Berliner Richterin Birgit Malsack-Winkemann sowie ein aktiver Soldat.

Oskar Lafontaine, ehemaliger Bundesfraktionsvorsitzender und Parteivorsitzender von die Linke, [lädt Rechtsextremisten ein](#) zu der von Sahra Wageknecht und Alice Schwarzer geplanten [Demonstration](#) ein, also auch jene die der Verschwörung der oben genannten Reichsbürger Verschwörung zustimmen - hiermit vollzieht sich eine rot-braune Allianz die nur Forderungen an das überfallene Opfer haben und brave Schoßhündchen für den Aggressor sind. Angesichts der Kriegsverbrechen, der deutlichen Absicht der russischen Führung einen kulturellen Genozid durchzuführen und sich einen unabhängigen demokratischen Staat einzuverleiben ist das einfach nur noch abstoßend und bösartig. So wie die Unterzeichner der offenen Briefe mit ähnlicher Forderungen zuvor, so sind sie nichts weiteres als nützliche Idioten - doch was kann man auch anderes erwarten von Schönwetterdemokraten die sich mit Demokratiefeinden zusammentun?

Indem sie Putins Propaganda wiederkäuen versuchen sie die Unterstützung zu erodieren, und all jene die auf diese Demonstration am Samstag gehen liefern den Faschisten in Russland Futter für ihre Propaganda. Eine durchweg antidemokratische Aktion.

Am Samstag wird nicht für Frieden demonstriert, sondern für den Sieg Putins.

Die Putin-nahe AfD hat auch komplett ihre Maske heruntergerissen, und ich rede nicht von der FFP2-Maske die sie sowieso nie haben tragen wollen. Der AfD-Abgeordnete Steffen Kotré hat sich in eine Sendung mit dem russischen Propagandachef Solowjow eingeschaltet, jener der gefordert hat Berlin zu bombardieren.

Der Blog "Volksverpetzer" trifft somit am Ende gut mit dem [Fazit](#): *"AfD-Politiker:innen müssen sich wohl langsam entscheiden. Wollen sie weiterhin die Maske des „Patriotismus“ und der angeblichen Heimatliebe tragen? Oder wollen sie ihre Begeisterung für Wladimir Putins imperialistisches, autoritäres System offen ausleben? Denn wer akzeptiert, dass sein Interviewpartner die Bombardierung von Dresden und Berlin fordert, der braucht mir auch nichts von „Heimatliebe“ oder „Wende 2.0“ zu erzählen. Der ist und bleibt nichts anderes als ein rechtsextremer Demokratiefeind."* Auch wenn beides bereits schon seit längerem klar ist mit

Höcke's Aufstieg und ihrem Geständnis, dass es Deutschland schlechter gehen muss damit ihre Partei erfolg haben kann.

Deren Unsinn können wir nicht nur mit weiterhin entschlossener Unterstützung der Ukraine entgegenstellen, der gern auch immer wieder öffentlich bekundet werden darf und in der Politik mit den entsprechenden Lieferungen die schnellst möglich erfolgen (Herr Scholz im Besonderen) sollen, sondern auch durch eine Bildungsfront.

Im Zweiten Weltkrieg hat auch Polen massiv gelitten, ebenso die Ukraine (z. B. Babi Yar, an zwei Tagen wurden 33.771 Juden ermordet) und die vielen anderen osteuropäischen Länder. Geschichtlich haben wir daher eine besondere Verantwortung nicht nur unsere Demokratie zu schützen, sondern auch Völker und verbündete Demokratien vor einer imperialistischen Macht zu schützen - und erst recht wenn so systematisch versucht wird eine Kultur zu zerstören. Dieser Krieg ist so eindeutig wie es eher selten der Fall ist: Russland ist der Aggressor, die Ukraine das Opfer. Unsere geschichtliche Verantwortung, unsere demokratische und humanitäre gilt der Ukraine. Punkt.

Für die Zukunft ist eine engere Zusammenarbeit mit Polen, den baltischen Staaten, der Ukraine, Georgien und all den anderen die bisher zu Gunsten Russlands vernachlässigt worden sind - auch in der geschichtlichen Perspektive - wünschenswert.

Wer hauptsächlich auf wenige Unternehmen hört der erodiert nicht nur das internationale Vertrauen sondern gefährdet auch die eigene Demokratie. Zusammenarbeit nicht nur auf wirtschaftlich-politischer Basis sondern auch kulturell, sozial und geschichtlich.

Schlusswort

Das einzige was Individuen wie Wagenknecht, Lafontaine und Schwarzer der Welt bieten können ist eine Welt in der das Recht des Stärkeren gilt.

Eine Welt der Willkür und Unterdrückung in der Länder wie Polen, Ukraine und all jene in ähnlicher Lage auf die Gnade der Imperialisten angewiesen sind.

Eine Welt in der Menschenleben und Demokratie keinerlei Bedeutung haben.

Und zusammen paktieren sie mit dem rechten Rand willentlich, laden den Faschismus in ihre "Querfront" ein - für ebendiese Welt.

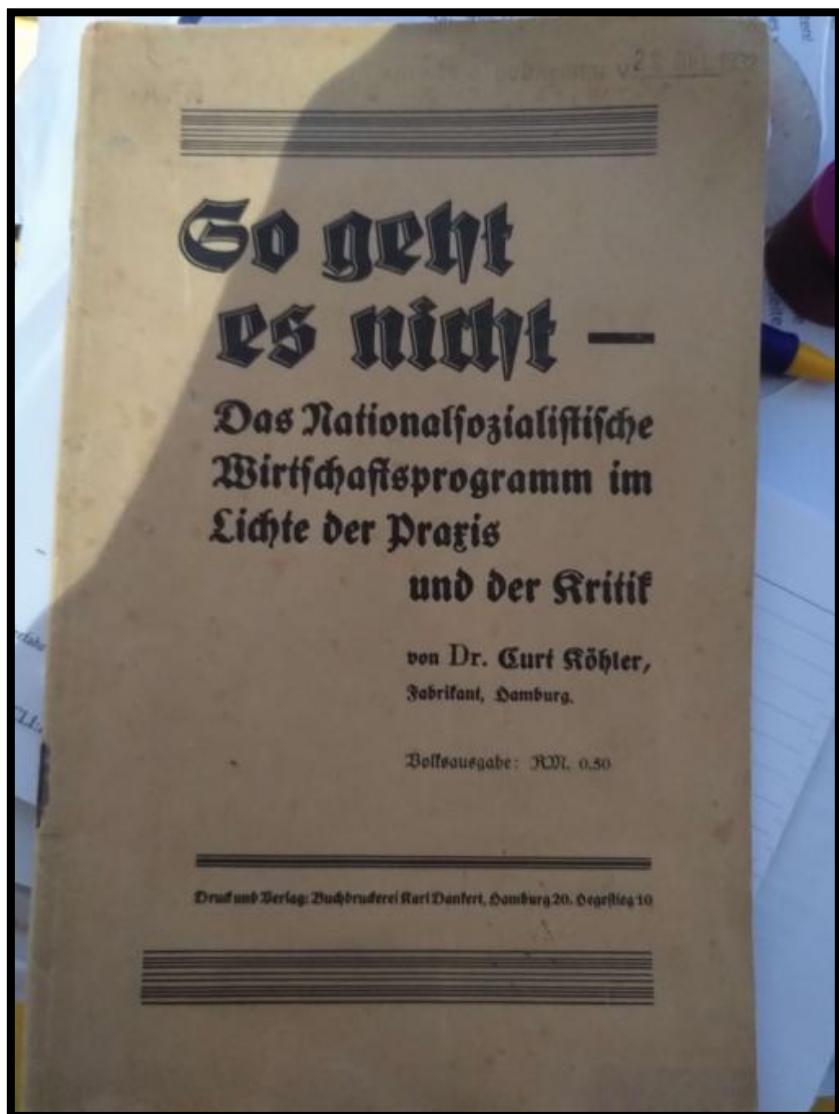
(Veröffentlicht: 24. Februar 2023, 23:15 Uhr)

Historische Texte #001

Ein weiteres Format meinerseits in dem ich Auszüge aus historischen Dokumenten zur Verfügung stelle. Da ich gerne in mein lokales Antiquariat gehe, und so einiges interessantes bereits gefunden habe, lag mir das auch am nächsten. Ich hoffe mit diesen Einträgen einen tieferen geschichtlichen Einblick geben zu können, aber werde vorerst nichts nach 1950 hier veröffentlichen weil es ansonsten noch wahrscheinlicher wird dass es irgendwann eine Klage hagelt.

Nun zu unserem ersten historischen Text, ein Auszug aus einem Heft in der ein Fabrikant aus Hamburg namens Dr. Curt Köhler das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm kritisiert. Ausgeteilt wurde die Schrift am 22. Oktober 1932.

Das Heft trägt den Titel *"So geht es nicht - Das Nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm im Lichte der Praxis und der Kritik"*. Herausgegeben von der Buchdruckerei Karl Dankert.



Auszug

Der Auszug den ich hier nun reinstelle behandelt die "Zinsknechtschaft". Zuerst stellt Köhler die Argumentation der Nationalsozialisten vor, in diesem Fall der von [Gottfried Feder](#) (1883-1941), auf 1 1/3 Seiten. Dann kommt seine Kritik auf 2 2/3 Seiten. Insgesamt ist also dieser Teil des Heftes 4 Seiten lang, am Ende dieses Auszugs werde ich noch die fotografierten Seiten einstellen (es ist aber in altdeutsch geschrieben, daher wird es wahrscheinlich für den ein oder anderen nur mit Mühe zu lesen sein). Nach dem Originaltext werde ich noch kurz geschichtlich darauf eingehen.

Anmerkung: Die hier veröffentlichten historischen Texte werden im Original wiedergegeben und dienen dem Bildungszweck.

Zinsknechtschaft (S. 22-25)

Schon diese kurze Darstellung beweist, daß wir in der Forderung der Brechung der Zinsknechtschaft das Herzstück nationalsozialistischer Wirtschafts- und Staatsauffassung zu erblicken haben.

Köhler bezieht sich auf die vorherige Seite, hier eingefügt der Vollständigkeitshalber.

"Im Mittelpunkt der nationalsozialistischen Wirtschaftstheorie steht die Sonderauffassung vom Geld und vom Zins. Wir hatten einleitend im "Grundsätzlichen" bereits festgestellt, wieviele Sünden, Auswüchse und Verbrechen der modernen Geld- und Zinswirtschaft vorgeworfen werden. Sie ist nach Feder an dem ganzen Unglück der Völker Schuld. Feder bezeichnet deshalb auch die heutige Wirtschaft als "Mammonismus", das ist, um seine Erklärung nach seinen eigenen Worten festzuhalten, "die unbeschränkte Herrschaft des Geldsackes unter der Maske des Rechtsanspruches auf Zins". Nach der Auffassung der Nationalsozialisten muß die moderne Geldwirtschaft immer zur Verarmung und Verelendung der Massen führen; darüber hinaus aber auch zur moralischen Verstümpfung der Völker. "Alle Instinkte richten sich auf Erwerb und Besitz; in rücksichtslosem Gewinnstreben versinken alle Begriffe von Treu und Glauben." Es gibt eigentlich eine schlechtere und unmoralischere Wirtschaftsordnung nach Feder'scher Auffassung nicht. Der eigentliche Krankheitserreger dieses Massen- und Völkerelendes ist nach der Auffassung von Feder der Jude.

Die Judenfrage wird deshalb im engsten Zusammenhang mit der Geld- und Zinsfrage abgewandelt. Die Brechung der Zinsknechtschaft ist auch das politische Hochziel und die Krönung des ganzen Gebäudes, das allein die Befreiung vom Geist des Raffens und vom Judentum bringe und die Völker zurückführe zu einer zinslosen "nur schaffenden" Wirtschaft. In dieser Wirtschaft sei dann das Leihkapital gebrochen, der Zins erledigt, die Rentite nicht mehr Ziel des Wirtschaftens."

Was verstehen die Nationalsozialisten unter Zinsknechtschaft? Feder gibt folgende Erklärung (Seite 70): "*Unter Zinsknechtschaft ist zu verstehen die zinspflichtige Verschuldung von Staat und Volk gegenüber den überstaatlichen Geldmächten*". Der gewöhnliche Ausdruck für das

Bestehen dieser Herrschaft lautet: "Geld regiert die Welt". Um den Inhalt dieser Worte vollkommen zu verstehen, müssen wir den weiteren Darlegungen Feder's mehr folgen. Die Nationalsozialisten erklären das Geld als "*Anweisung auf irgendwelche von anderen Personen geleistete Arbeit*". Nur dann erfülle das Geld seinen volkswirtschaftlichen Zweck, wenn es aus dem Wirtschaftsprozeß nicht herausgenommen werde, also nur dem Tausch der Güter diene. Die Unterbrechung dieser volkswirtschaftlichen Aufgabe des Geldes wird folgerichtig von Herrn Feder deshalb auch als unzulässig erklärt. Die Unterbrechung der volkswirtschaftlichen Aufgabe des Geldes erfolge aber dann, wenn jemand das Geld nicht wieder zur Anschaffung anderer, irgendwelcher Güter verwende, sondern das Geld spare. In diesem Falle habe das Geld nur einen halben Kreislauf durchgeführt. Es tritt, wenn dieses Sparen oder Zurückhalten von mehreren oder vielen Personen geschieht, eine Geldverknappung ein. Das Geld emanzipiert sich und wird, statt Diener der Wirtschaft, zum Herrscher. Da an sich das Geld für die Inganghaltung der Volkswirtschaft als Umlaufsmittel notwendig sei, entstehe Nachfrage nach Geld infolge der unrechtmäßigen Zurückhaltung, und der Besitzer des Geldes verlange eine Vergütung, den Zins. Damit beginnt, nach nationalsozialistischer Theorie, die wirtschaftliche Erpressung.

Die Geldhergabe an Andere diene nur der Absicht, die Notlage der Wirtschafters auszunutzen, um einen Teil von dessen Arbeitsertrag ohne jede Mühe zu erhalten. Folgerichtig erklärt Feder im Zuge dieser Darstellung das Sparen als volkswirtschaftswidrig. Zulässig bezeichnet der Nationalsozialismus den Spargedanken nur insoweit, als es sich um das Ausspeichern von Sachgütern handelt. Die Schaffung eines Eigenheims, der Erwerb von Feld und Garten wird als "richtiges" Sparen verherrlicht; dagegen die Ansammlung von Geld als solchem als unsittlich abgelehnt.

Der Einzelne, der zur Aufrechterhaltung seines Betriebes Geld leiht oder einen Kredit aufnimmt, begibt sich in Zinsknechtschaft und wie der Einzelne, so die Gesamtheit des Volkes, der Staat, wenn er Anleihen aufnimmt, entweder bei seinen eigenen Bürgern oder bei fremden Staatsangehörigen oder fremden Staatsvölkern. Dann vollzieht sich die Unterwerfung des Volkes unter die Zinsknechtschaft anderer Völker. Die Folge der Aufnahme von Leihgeld für den Einzelnen ist, daß er gezwungen ist, aus seiner wirtschaftlichen Tätigkeit vorerst die Zinsen zu decken; er muß also sein Denken und Trachten auf Gewinnstreben einstellen, die gesamte Volkswirtschaft verläßt die gesunde Bedarfsdeckungswirtschaft und strebt nach Rentite, um vor allem die Zinsverpflichtungen erfüllen zu können. --

Es versteht sich, daß der Nationalsozialismus aus diesen Erwägungen heraus das Bankgewerbe als ein völlig unproduktives verurteilt, da ja das Wesen der Banktätigkeit darin besteht, das seinem Kreislauf "unrechtmäßigerweise entzogene Geld unpersönlich auszuleihen", sich also die Volkswirtschaft und die schaffende Arbeit tributpflichtig zu machen. Das ganze Elend in der Welt sei auf diesem Wege entstanden, der einzelne Wirtschaftler und ganze Völker hätten die freie Verfügung über die wirtschaftliche Tätigkeit verloren: "Geld regiert die Welt". Diese Macht des Geldes sei um so verwüstender, als die Geldhergabe vollkommen losgelöst von dem wirtschafts Zweck erfolge, wenn nur ein möglichst hoher Zins erreichbar sei. Die Zinswirtschaft der kapitalistischen Wirtschaft frage deshalb bei der Güterherstellung auch nicht danach, ob die hergestellten Güter für die Gesamtheit des Volkes notwendig seien oder nicht, die Hauptsache sei die Erlangung möglichst hoher Zinsen ohne Rücksicht auf die Bedarfsdeckungswünsche der Volksgenossen.

Es mag zugegeben werden, daß bei oberflächlicher Betrachtung dieser Darstellung

mancherlei Wahrheit vorgetragen erscheint; auch ist richtig, daß die bedauerliche Höhe der Zinssätze großen volkswirtschaftlichen Schaden angerichtet hat. Aber - und das übersehen die nationalsozialistischen Führer wieder oder könne es nicht begreifen, - diese Zinshöhe und die anormalen Geldverhältnisse sind nicht etwa Folgen des privatkapitalistischen System als solchem, sondern die traurigen Folgen der innen- und außenpolitischen Eingriffe in das Geldwesen und in die Freiheit der Wirtschaft! Die Politik zerstörte das Kapital und das Vertrauen zugleich - kein Wunder, daß die Zinsen stiegen!

Hinzu kommt, daß durch die unerfüllbaren Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage eine Störung des Geldmarktes überhaupt hervorgerufen wurde. Mit diesen Erscheinungen die Forderung nach einer zinslosen goldfreien Wirtschaft zu begründen, geht daher völlig fehl.

Ich brauche auf die verschiedenen Zinstheorien nicht einzugehen. Es mag festgestellt werden, daß der Nationalsozialismus mit seiner zinsfeindlichen Auffassung den gesunden Sinn des Spars und der Werdung der Notwendigkeit der Kapitalbildung vollkommen verkennt. Grundsätzlich würde die Durchführung der Feder'schen Zinstheorie und sein Kampf gegen das Liehkapital darauf hinauslaufen, daß eine Fortentwicklung des Einzelnen und der Gesamtvolkswirtschaft unterbleibt. Wenn das Aussparen von Geld volkswirtschafts- und moralwidrig ist, dann wäre derjenige der klügste und beste Hausvater, der das, was er verdient, verpräßt. Rücklagen für die Zukunft oder für die Notlagen des Lebens würden als ein Verbrechen an der Volkswirtschaft erscheinen. Was hätte es aber für einen Sinn für den Einzelnen, wenn er sich, um das Beispiel Feder anzuwenden, ein Eigenheim schafft oder sich aus dem nichtverbrauchten Teil seines Einkommens Feld oder Garten kauft? Im Falle der Not und der Arbeitslosigkeit, bei andauernder Krankheit oder anderen Mißgeschicken kann er von seinem Eigentum ja nicht leben. Der gesunde Sinn des Volkes hat bisher immer die Aussparung nicht verbrauchten Geldes als eine sittliche Tat gegenüber sich selbst und seinen Angehörigen gewertet. Die Zerstörung dieses Sparsinns würde auch volkswirtschaftlich von allergrößtem Nachteil sein, weil die bisherigen wirtschaftlichen Fortschritte nur aus der Verwendung des nicht verzehrten Geldes und des so gebildeten Kapitals möglich waren. Die große Aufgabe der Banken besteht doch darin, daß sie die ihnen überlassenen, nicht verzehrten Gelder volkswirtschaftlichen Zwecken zur Verfügung stellen, um damit den Produktionsapparat der gesamten Volkswirtschaft zu verbessern und zu erweitern.

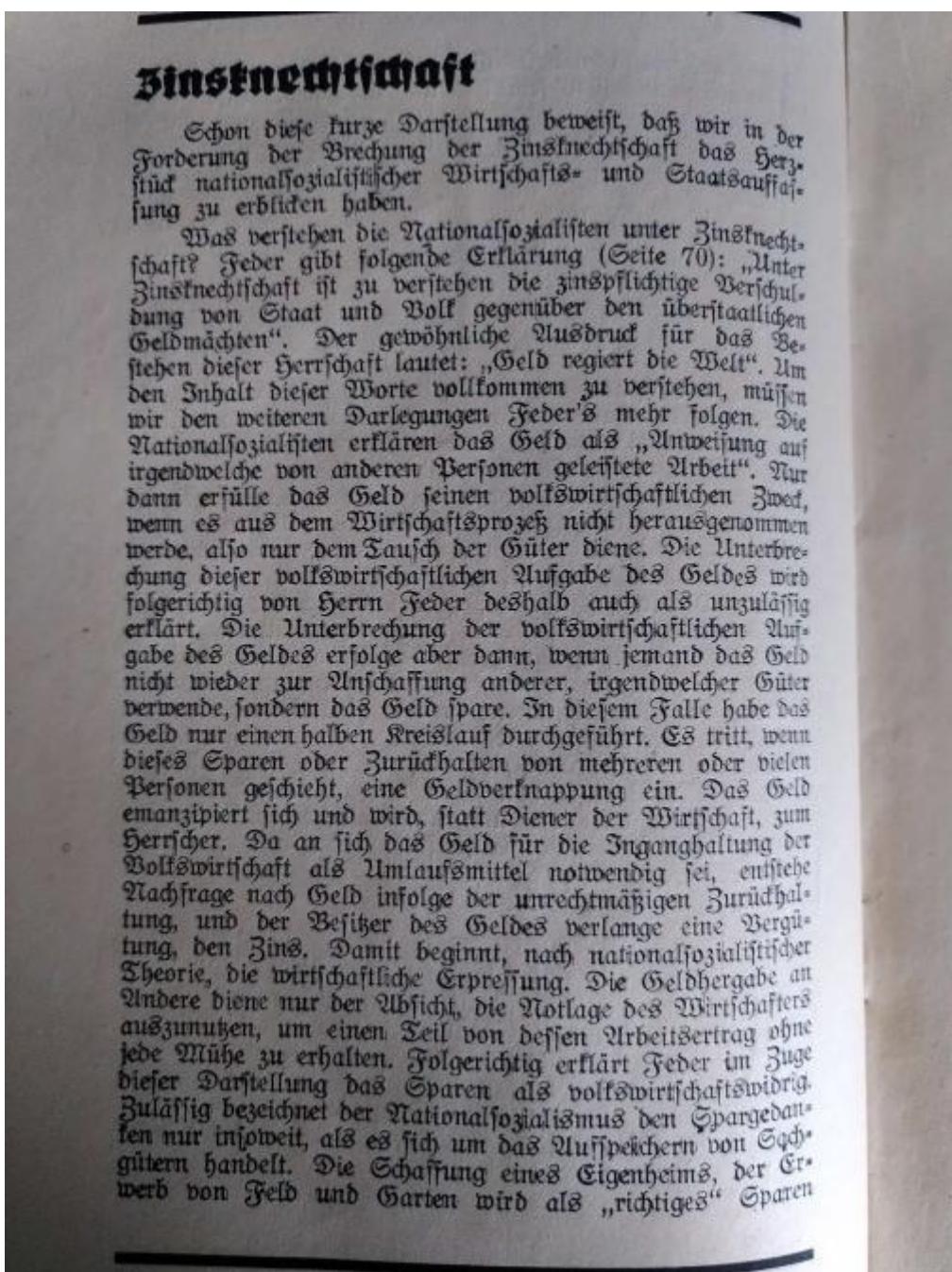
Die Berechtigung des Zinses ergibt sich ohne weiteres aus der Tatsache, daß der Einzelne, der sein Geld einem Anderen gibt, selbst auf den Kauf von Bedarfsgütern verzichtet, oder, wenn er es zu produktiven Zwecken ausleiht, selbst auf die Ausübung volkswirtschaftlicher Tätigkeit zugunsten des Dritten Abstand nimmt. Er gibt also einem Anderen die Möglichkeit, sich mehr Verbrauchsgüter zu beschaffen, oder seinen Produktionsumfang aufrecht zu erhalten oder zu erweitern und sich dadurch größeren Gewinn zu verschaffen.

Ist es wirklich so unberechtigt, daß für diese Verzichtsleistung der Geldhergeber sich einen Anteil des Gewinns oder des gesteigerten Verbrauchsgütergenusses ausbedingt? Der Nationalsozialismus verweist auf die Tatsache, daß die kirchliche Zinslehre des Mittelalters die Forderung von Zinsen als "Wucher" bezeichnete und demzufolge das Zinsnehmen verbot; vergißt aber, daß die Struktur der damaligen Volkswirtschaft eine vollkommen verschiedene von der heutigen war, und die kirchliche Ablehnung des Zinses als Wucher zu einer Zeit erfolgte, in der den Produktionskredit nicht kannte, die Ausleihung von Geld vielmehr nur für Konsumzwecke erfolgte, wobei die Ausnutzung der Notlage des Geldnehmers durch den Geldverleiher allerdings sehr nahe lag. Der ganze industrielle Aufschwung des letzten Jahrhunderts ist undenkbar ohne die heutige Zinswirtschaft. Die Einführung der zinslosen

Wirtschaft würde deshalb auch den Zusammenbruch der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse zur Folge haben, dessen Ausmaß im einzelnen nicht auszudenken ist. Es ist nicht anzunehmen, daß die übrigen Völker der Welt ihrerseits eine Umkehr zur zinslosen Wirtschaft mitmachen. Die vollkommene Isolierung des deutschen Volkes wäre die Folge.

Es darf bei diesen weltfremden Ideen nicht vergessen werden, daß sie auch nicht so sehr in rein volkswirtschaftlichen Erwägungen begründet sind, sondern in rassenpolitischen Wünschen wurzeln. Der Nationalsozialismus erblickt in dem Judentum die besonders begünstigen Vertreter der zinskapitalistischen Wirtschaftsform. Er glaubt durch die Brechung der Zinsknechtschaft die völkische Befreiung vom Judentum, als hauptsächlichen Besitzer des Geldes, erreichen zu können.

Original (in altdeutscher Schrift)



verherrlicht; dagegen die Ansammlung von Geld als solchem als unsittlich abgelehnt.

Der Einzelne, der zur Aufrechterhaltung seines Betriebes Geld leiht oder einen Kredit aufnimmt, begibt sich in Zinsknechtshaft und wie der Einzelne, so die Gesamtheit des Volkes, der Staat, wenn er Anleihen aufnimmt, entweder bei seinen eigenen Bürgern oder bei fremden Staatsangehörigen oder fremden Staatsvölkern. Dann vollzieht sich die Unterwerfung des Volles unter die Zinsknechtshaft anderer Völker. Die Folge der Aufnahme von Leihgeld für den Einzelnen ist, daß er gezwungen ist, aus seiner wirtschaftlichen Tätigkeit vorerst die Zinsen zu decken; er muß also sein Denken und Trachten auf Gewinnstreben einstellen, die gesamte Volkswirtschaft verläßt die gesunde Bedarfssdeckungswirtschaft und strebt nach Rentite, um vor allem die Zinsverpflichtungen erfüllen zu können. — —

Es versteht sich, daß der Nationalsozialismus aus diesen Erwägungen heraus das Bankgewerbe als ein völlig unproduktives verurteilt, da ja das Wesen der Banktätigkeit darin besteht, daß seinem Kreislauf „unrechtmäßigerweise entzogene Geld unpersonlich auszuleihen“, sich also die Volkswirtschaft und die schaffende Arbeit tributpflichtig zu machen. Das ganze Elend in der Welt sei auf diesem Wege entstanden, der einzelne Wirtschaftler und ganze Völker hätten die freie Verfügung über die wirtschaftliche Tätigkeit verloren: „Geld regiert die Welt“. Diese Macht des Geldes sei um so verwüstender, als die Geldhergabe vollkommen losgelöst von dem wirtschaftlichen Zweck erfolge, wenn nur ein möglichst hoher Zins erreichbar sei. Die Zinswirtschaft der kapitalistischen Wirtschaft frage deshalb bei der Güterherstellung auch nicht danach, ob die hergestellten Güter für die Gesamtheit des Volles notwendig seien oder nicht, die Hauptache sei die Erlangung möglichst hoher Zinsen ohne Rücksicht auf die Bedarfssdeckungswünsche der Volksgenossen.

Es mag zugegeben werden, daß bei oberflächlicher Betrachtung dieser Darstellung mancherlei Wahrheit vorgeragen erscheint; auch ist richtig, daß die bedauerliche Höhe der Zinssätze großen Volkswirtschaftlichen Schaden angerichtet hat. Aber — und das übersehen die nationalsozialistischen Führer wieder oder können es nicht begreifen, — diese Zinshöhe und die anormalen Geldverhältnisse sind nicht

etwa Folgen des privatkapitalistischen Systems als solchem, sondern die traurigen Folgen der innen- und außenpolitischen Eingriffe in das Geldwesen und in die Freiheit der Wirtschaft! Die Politik zerstörte das Kapital und das Vertrauen zugleich — kein Wunder, daß die Zinsen stiegen! Hinzukommt, daß durch die unerfüllbaren Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage eine Störung des Geldmarktes überhaupt hervorgerufen wurde. Mit diesen Erscheinungen die Forderung nach einer zinslosen goldfreien Wirtschaft zu begründen, geht daher völlig fehl.

Ich brauche auf die verschiedenen Zinsteorien nicht einzugehen. Es mag festgestellt werden, daß der Nationalsozialismus mit seiner zinsfeindlichen Auffassung den gefundenen Sinn des Sparsens und der Werbung und der Notwendigkeit der Kapitalbildung vollkommen verkennt. Grundsätzlich würde die Durchführung der Feder'schen Zinsteorie und sein Kampf gegen das Leihkapital darauf hinauslaufen, daß eine Fortentwicklung des Einzelnen und der Gesamtwirtschaft unterbleibt. Wenn das Aufsparen von Geld volkswirtschafts- und moralwidrig ist, dann wäre derjenige der klügste und beste Hausvater, der das, was er verdient, verpräßt. Rücklagen für die Zukunft oder für die Notlagen des Lebens würden als ein Verbrechen an der Volkswirtschaft erscheinen. Was hätte es aber für einen Sinn für den Einzelnen, wenn er sich, um das Beispiel von Feder anzuwenden, ein Eigenheim schafft oder sich aus dem nichtverbrauchten Teil seines Einkommens Feld oder Garten kauft? Im Falle der Not und der Arbeitslosigkeit, bei andauernder Krankheit oder anderen Misgeschicken kann er von seinem Eigentum ja nicht leben. Der gesunde Sinn des Volkes hat bisher immer die Aufsparung nichtverbrauchten Geldes als eine sittliche Tat gegenüber sich selbst und seinen Angehörigen gewertet. Die Zerstörung dieses Sparzinses würde auch volkswirtschaftlich von allergrößtem Nachteil sein, weil die bisherigen wirtschaftlichen Fortschritte nur aus der Verwendung des nicht verzehrten Geldes und des so gebildeten Kapitals möglich waren. Die große Aufgabe der Banken besteht doch darin, daß sie die ihnen überlassenen, nicht verzehrten Gelder volkswirtschaftlichen Zwecken zur Verfügung stellen, um damit den Produktionsapparat der gesamten Volkswirtschaft zu verbessern und zu erweitern.

Die Berechtigung des Zinses ergibt sich ohne weiteres aus der Tatsache, daß der Einzelne, der sein Geld einem Anderen gibt, selbst auf den Kauf von Bedarfsgütern verzichtet, oder, wenn er es zu produktiven Zwecken ausleihet, selbst auf die Ausübung volkswirtschaftlicher Tätigkeit zugunsten dess Dritten Abstand nimmt. Er gibt also einem Anderen die Möglichkeit, sich mehr Verbrauchsgüter zu beschaffen, oder seinen Produktionsumfang aufrecht zu erhalten oder zu erweitern und sich dadurch größeren Gewinn zu verschaffen. Ist es wirklich so unberechtigt, daß für diese Verzichtleistung der Geldhergeber sich einen Anteil des Gewinns oder des gesteigerten Verbrauchsgütergenusses ausbedingt? Der Nationalsozialismus verweist auf die Tatsache, daß die kirchliche Zinslehre des Mittelalters die Förderung von Zinsen als „Wucher“ bezeichnete und demzufolge das Zinsnehmen verbot; vergibt aber, daß die Struktur der damaligen Volkswirtschaft eine vollkommen verschiedene von der heutigen war, und die kirchliche Ablehnung des Zinses als Wucher zu einer Zeit erfolgte, in der man den Produktionskredit nicht kannte, die Ausleihung von Geld vielmehr nur für Konsumzwecke erfolgte, wobei die Ausnutzung der Notlage des Geldnehmers durch den Geldverleiher allerdings sehr nahe lag. Der ganze industrielle Aufschwung des letzten Jahrhunderts ist undenkbar ohne die heutige Zinswirtschaft. Die Einführung der zinslosen Wirtschaft würde deshalb auch den Zusammenbruch der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse zur Folge haben, dessen Ausmaß im einzelnen nicht auszudenken ist. Es ist nicht anzunehmen, daß die übrigen Völker der Welt ihrerseits eine Umkehr zur zinslosen Wirtschaft mitmachen. Die vollkommene Isolierung des deutschen Volkes wäre die Folge.

Es darf bei diesen weltfremden Ideen nicht vergessen werden, daß sie auch nicht so sehr in rein volkswirtschaftlichen Erwägungen begründet sind, sondern in rassenpolitischen Wünschen wurzeln. Der Nationalsozialismus erblickt in dem Judentum die besonders begünstigten Vertreter der zinskapitalistischen Wirtschaftsform. Er glaubt durch die Brechung der Zinsknechtschaft die völkische Befreiung vom Judentum, als dem hauptsächlichsten Besitzer des Geldes, erreichen zu können.

Ich werde, sobald es mir meine beruflichen Umstände erlauben, das ganze Heft in neudeutscher Schrift im PDF-Format erfassen. Leider konnte ich bisher nichts näheres über den Hamburger Fabrikanten Dr. Curt Köhler herausfinden, selbst im online Archiv der "NS-Dabeigewesene" steht nichts über ihn. Was ich gefunden habe waren zwei andere Köhler:

Karl Köhler (17. Februar 1905, Harburg - Todesdatum unbekannt)

Quelle: <https://www.hamburg.de/clp/dabeigewesene-suche/clp1/ns-dabeigewesene/onepage.php?BIOID=229&qN=K%C3%B6hler>

Tätigkeit: Kaufmännischer Angestellter, später Informant der Gestapo

Wirkungsstätte: kein Eintrag

"Köhler hatte eine kaufmännische Ausbildung absolviert und war als Lagerverwalter tätig. Er war ab 1928 Mitglied der KPD und engagierte sich, teilweise auch hauptamtlich für die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“. Wegen Betrugs musste er mindestens drei Mal Haftstrafen absitzen. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten und dem Verbot der KPD engagierte er sich weiter in kommunistischen Kreisen. Der Widerstand in Norddeutschland wurde seitens KPD-Anhängern aus Kopenhagen organisiert. Köhler hatte Kontakt zu der Leitung in Kopenhagen, verteilte Flugblätter und in Dänemark gedruckte Zeitungen. 1941 wurde er gemeinsam mit einem Freund und seiner Frau verhaftet. Nach Folterungen erklärte er sich zur Zusammenarbeit mit der Gestapo bereit. Er verriet den Kopenhagener Zweig und weitere ehemalige Mitstreiter wie Felix Plewa (www.stolpersteine-hamburg.de). Danach ging Köhler seiner alten Arbeit nach, übernahm aber weitere Spitzeltätigkeiten für die Gestapo und schrieb „Stimmungsberichte“. 1942 wurde Köhler erneut verhaftet, da er illegal geschlachtet hatte. Während seiner Haftverbüßung wurde er zur Aushorschung politischer Gefangenen benutzt. Nachdem er wieder auf freiem Fuß war, wurde Köhler von der Gestapo als Angestellter dienstverpflichtet und beschattete Widerständler. Im März 1944 wurde er von der Wehrmacht einberufen, die Gestapo hatte vermutlich keine Verwendung mehr für Köhler." (Text von Katharina Tenti)

Ernst Köhler (8.5.1900 Escheburg - 29.6.1993)

Quelle: <https://www.hamburg.de/clp/dabeigewesene-suche/clp1/ns-dabeigewesene/onepage.php?BIOID=1138&qN=K%C3%B6hler>

Tätigkeit: Lehrer am Christianeum, später in der Waffen-SS

Da sein Eintrag sehr lang ist, hier nur ein Auszug des Anfangs:

"Hans-Peter de Lorent hat über Ernst Köhler ein Portrait verfasst, das in Hans-Peter de Lorents Buch: Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz. Band. 3. Hamburg 2019 erschienen und im Infoladen der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg erhältlich ist. Hier der Text:

„Ich weiß mich deutlich zu erinnern, dass Herr Dr. Köhler nicht aus innerem Triebe, sondern lediglich in dem Gedanken, seine wirtschaftliche Stellung zu sichern, in die SS eingetreten ist.“

Es gab eine Reihe verhältnismäßig junger Lehrer, die 1933 der SS beitrat. Sie wurden 1945 konfrontiert mit den Gräueltaten der verbrecherischen Organisation, deren Mitglied sie waren. Zu ihnen gehörte auch der Altonaer Studienrat Ernst Köhler, der zudem seit 1933 auch der NSDAP und dem NSLB angehörte und am Christianeum als Schulwalter der NS-Lehrerorganisation fungierte. Köhler war im Krieg zudem Angehöriger der Waffen-SS, wurde nach Ende der NS-Herrschaft für einige Zeit interniert und in Hamburg 1949 wieder für den Schuldienst zugelassen.

Ernst Köhler wurde am 8.5.1900, 45 Jahre vor dem „Tag der Befreiung“, in Escheburg geboren. Es existieren keine Personalunterlagen von Köhler, dafür eine sehr dicke Akte beim Rasse- und Siedlungshauptamt der SS in Berlin, die so umfangreich war, weil Ernst Köhler seine beabsichtigte Heirat dort mit einem aufwendigen Nachweis der Erbgesundheit in seiner Familie und in der seiner zukünftigen Frau Katharina Maria Seyler dokumentieren

musste. Die SS-Ahnentafel zu skizzieren, die bis zu den Ur-Ur-Urgroßeltern zurückreichte, war eine mühsame Angelegenheit und bedurfte noch der Beurkundung. Dabei ergaben sich überraschende Erkenntnisse, etwa bei der Schwester der Mutter von Ernst Köhler, die am 7.8.1933 in der Landes-Heilanstalt in Neustadt (Holstein) verstorben war, deren Direktor ihm schriftlich mitteilte, bei ihr hätte „eine aufgrund einer organischen Hirnerkrankung entstandene Geistesstörung (Depression mit Verwirrtheit) vorgelegen“, immerhin aber mit der Zusatzbemerkung, „die nicht zu einer der im Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses angeführten zählt“.^[1]

Ernst Köhler, SS-Mann der Einheit 2/88 mit der SS- Mitgliedsnummer 136.848 hatte den Antrag auf Genehmigung der Verlobung und Verheiratung am 6.1.1937 gestellt und dabei vermerkt, dass die Hochzeit für den April geplant sei. Ein ehrgeiziges Unterfangen, da noch einiges geprüft und testiert werden musste. Die zukünftige Braut reichte noch eine Besehrigung über die Teilnahme an einem Mütterschulungs-Lehrgang ein. Nach zahlreichen Korrespondenzen konnte die Verlobung dann am 1.3.1937 stattfinden, am 15.5.1937 wurde geheiratet.^[2]“ (Text von Hans-Peter de Lorent)

Falls Sie selber nach Personen suchen wollen, hier geht es zur Website:

<https://www.hamburg.de/clp/dabeigewesene-suche/clp1/ns-dabeigewesene/one-page.php?qN=K%C3%B6hler&rF=name>

Geschichtliches

Sie sind wahrscheinlich, leider, schon des öfteren dem antisemitischen Vorurteil der Geld- und Habgier begegnet. Dabei war der Grund, warum im Mittelalter die Juden meist die Rolle des Geldverleiher übernahmen, das Zinsverbot der christlichen Kirchen und dem Zunftzwang - der den Juden das Handwerk verbot - geschuldet.

So hat erst Papst [Alexander III.](#) (1105, Italien - 30. August 1181, Civita Castellana, Italien) im Mittelalter den Juden das Zinsgeschäft erlaubt, da sie den Verboten der christlichen Kirche nicht unterlagen. Durch das Zinsverbot und dem Zunftzwang formte sich so schnell das Bild des habgierigen, reichen und betrügerischen Juden aus dem sich der Antijudaismus des Mittelalters entwickelte (Quelle: Geldverleih und Zinsverbot im Mittelalter, [Genealogie-Mittelalter.de](#)). Dem religiösen Antisemitismus folgte dann nach dem Mittelalter der ökonomische und rassistisch motivierte Antisemitismus, der sich jedoch auch dem mittelalterlichen künstlichem Konstrukt bedient.

Auszug aus "Jüdisches Leben", Universität Münster

(Quelle: <https://www.uni-muenster.de/Staedtegeschichte/portal/einfuehrung/aspekte/juden.html>)

"Seit dem Mittelalter war durch repressive Maßnahmen die berufliche Ausrichtung der Juden im Wesentlichen auf den Handel sowie auf **Kredit- und Geldwechselgeschäfte** beschränkt. Jahrhundertlang verdächtigten Christen deshalb Juden, sie zu übervorteilen und ihren Unterhalt auf unredliche Weise zu erwerben. Geistliche und weltliche Stadt- und Grundherren, oft um die Niederlassung von Juden bemüht, wussten deren Kenntnisse

in Handel und Geldgeschäften zu nutzen, z.B. im Münzwesen oder bei der Abwicklung finanzieller Angelegenheiten. Wichtige Erwerbszweige der christlichen Bevölkerung, wie z.B. handwerkliche Berufe, blieben Juden aufgrund der Ablehnung durch die **Zünfte**, die die Juden als Konkurrenz empfanden, versperrt. In manchen Städten, z.B. in **Münster**, erlaubte der Magistrat den Juden lediglich, mit ihrem überregionalen Warenangebot die Sendmärkte zu beschicken. Juden betätigten sich besonders im Handel zwischen Stadt und Umland, u.a. als Viehhändler. Erst die napoleonische Besatzungsmacht hob 1810 das Niederlassungsverbot für Juden auf."

(Autorin: Rita Schlautmann-Overmeyer)

Eine beliebte Verschwörungstheorie ist noch der der Familie Rothschild, hierzu hat der SWR schon einen guten Beitrag geleistet (zum ganzen Artikel geht es hier:

<https://www.swr.de/wissen/1000-antworten/haben-die-rothschilds-eine-besondere-macht-102.html>), deshalb hier nur wieder ein Auszug:

"Die Söhne von Mayer Amschel Rothschild gingen also ins Ausland und gründeten eigene Bankhäuser und Investmentgesellschaften. Und das hat sich natürlich dann mit der Zeit zerfasert, manche Unternehmen haben sich aufgelöst, andere wurden verstaatlicht und wieder andere gingen an die Börse, so dass sie mehrheitlich gar nicht mehr im Besitz irgendwelcher Rothschild-Nachkommen sind. Es gab in den letzten zweihundert Jahren zahlreiche Generationswechsel, und wie man sich vorstellen kann, gibt es in so einer Familie auch immer wieder Zerwürfnisse."

Geblieben sind heute im Grunde noch drei Finanzgruppen, eine britisch-französische unter dem Namen „Rothschild & Co.“, die nach wie vor im Bereich Investmentbanking und Vermögensverwaltung aktiv ist. Dann eine zweite unabhängige britische Investmentgesellschaft „RIT Capital Partners“. Und schließlich die Schweizer Gruppe Edmond de Rothschild, die sich mehr auf Immobilien, Hotels und Weingüter konzentriert, und der es gar nicht gepasst hat, dass sich das Unternehmen des britisch-französischen Familienzweigs – Paris Orleans SA – umbenannt hat in Rothschild & Co. Die Schweizer meinten, es gäbe nur Platz für eine Firma mit dem Namen Rothschild."

Auch wenn einzelne Familienmitglieder noch privat ein großes Vermögen haben, so haben sie keine besondere "Macht". Die Finanzwelt hat sich ebenfalls längst verändert.

Schlusswort

Das war es soweit mit diesem Eintrag, ich hoffe das neue Format konnte Sie überzeugen.
Noch einen schönen Tag allerseits!

(Veröffentlicht: 22. April 2023, 14:09 Uhr)

Die Zukunft Deutschlands

| Eine Idee |

Ein Deutschland das zukunftsfähig und für alle Bürger und Bürgerinnen da sein will muss gerecht sein. Doch wie kann unser Land, von den Wurzeln bis zur Baumkrone herauf, gerecht gestaltet werden? Auf diese Frage gehe ich in diesem Eintrag ein.

Eines ist aber sicher: unsere Demokratie ist das Fundament für diesen Prozess.

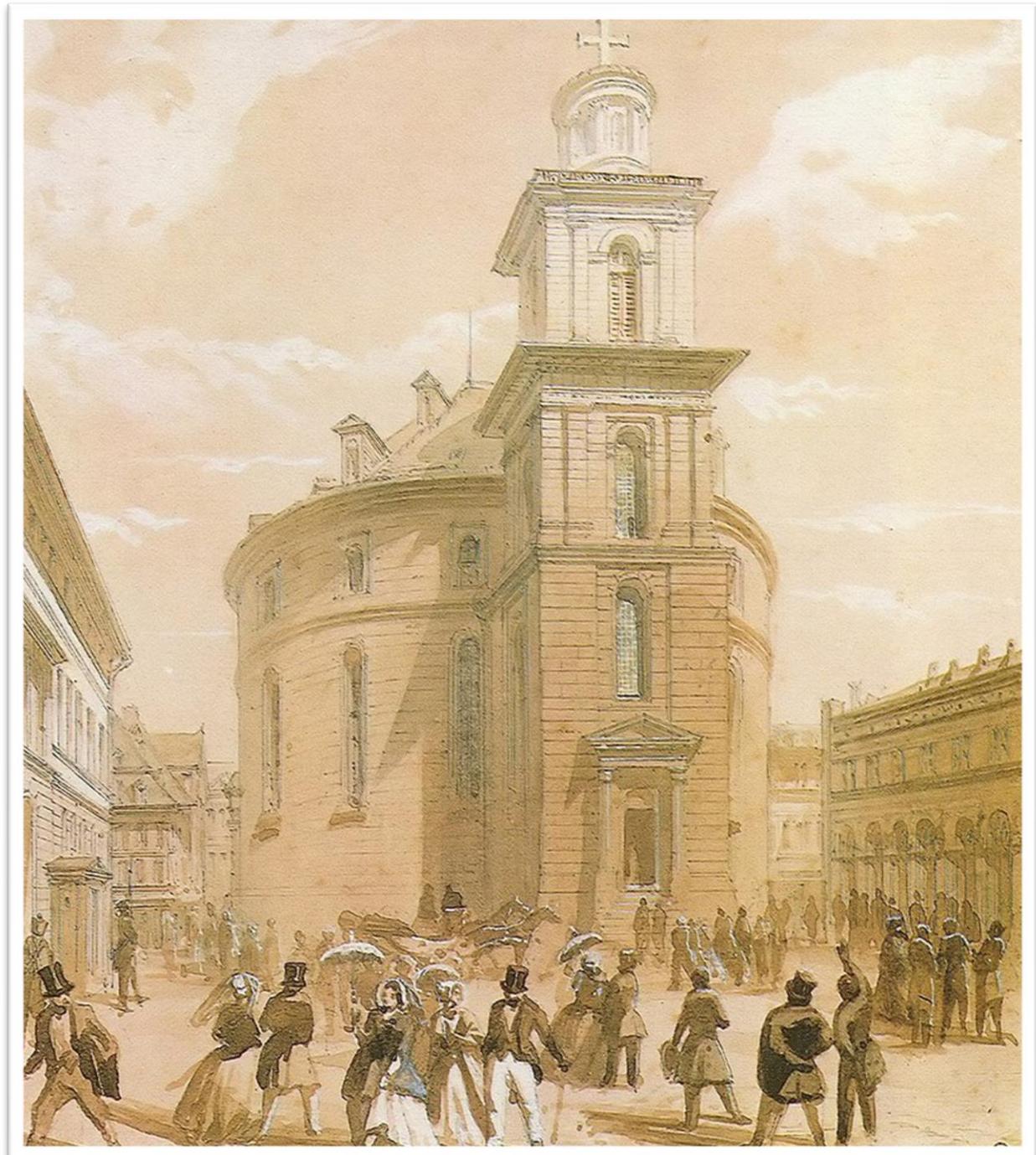


Abbildung 8 - Die Frankfurter Paulskirche in der 1848 bis 1849 die Delegierten der Frankfurter Nationalversammlung tagten, der ersten Volksvertretung für ganz Deutschland (Bild Quelle: [Wikipedia](#))

Eine gerechtere Gesellschaft

Kommen wir gleich zum Kern dieses Eintrags: Was ist Gerechtigkeit?

Dem Begriff kommt zwar eine allgemeine, einheitliche und ahistorische Bedeutung zu, doch wird seit der Antike über die spezifischen Konzeptionen der Gerechtigkeit gestritten. Deshalb tauchen wir kurz in die Geschichte ein.

Zur Begriffs- und Problemgeschichte

(Quelle. Enzyklopädie der Philosophie Band I, S. 835)

Die Ideengeschichte der Gerechtigkeit reicht bis zu den Ursprüngen der schriftlichen Überlieferung zurück. Erstmals prominent zum Thema wird Gerechtigkeit in der Antike bei den Sophisten, bei Platon und bei Aristoteles, die ihre Vorstellungen von Gerechtigkeit in ihre eudaimonistische Ethik und kosmologisch-metaphysischen Weltanschauungen integrieren.

Im Mittelalter werden die antiken Auffassungen von Gerechtigkeit unter dem Einfluss des Neuplatonismus kombiniert mit der christlichen Perspektive und vor allem von Augustinus und Thomas von Aquin weiterentwickelt.

In der Neuzeit beginnt mit Hobbes, Locke, Pufendorf, Hume, Rousseau und Kant eine Diskussion um eine vertragstheoretische und naturrechtliche Neufundierung der Gerechtigkeit vor allem mit Bezug auf den Staat. Die moralphilosophischen Debatten des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind gekennzeichnet durch Problematisierungen der Idee der Gerechtigkeit vor allem bei Hegel, Mill und Marx sowie den unterschiedlichen Spielarten des Rechtspositivismus, etwa bei Radbruch und Kelsen.

Spätestens mit dem Erscheinen von John Rawl's Theorie der Gerechtigkeit wird Gerechtigkeit wieder der normative Grundbegriff der politischen Philosophie.

Da es hier um eine Methodik geht die gesamtgesellschaftlich auf einer demokratischen Ebene angewendet wird, muss auch eine Gerechtigkeitskonzeption her.

In anderen Worten: *"Wer schuldet in welchen Umständen wem was, auf welche Weise, warum, aus welcher Perspektive, aufgrund welchen Prinzips und mit welcher Anwendung?"*
(ebd. vgl. S. 835)

Daher betreffen Fragen der Gerechtigkeit mindestens die folgenden acht Dimensionen:

- 1) die Umstände
- 2) die Objekte (Gegenstand des Interesse; von Personen zu Institutionen bis hin zu Vorgänge und Verfahren)
- 3) die Subjekte (die systematischen Träger der Gerechtigkeit)
- 4) den Umfang (Ausdehnung von Gerechtigkeitsprinzipien)
- 5) die Begründungsperspektive (Unparteilichkeit)
- 6) die Gründe (Moral)
- 7) die Arten der Gerechtigkeit (seit Aristoteles Nikomachischen Ethik in verschiedenen Arten)

unterteilt: **i)** Gerechtigkeit kann a) von Personen verlangt werden -> moralische Tugend oder b) von Institutionen verlangt werden (nicht-politische wie Ehe, Familie, Wirtschaft und Bildung und politische wie Recht und Staat), **ii)** sich auf zwischenmenschliche Konflikte beziehen: a) eine gerechte Verteilung von Rechten, Pflichten, Gütern und Lasten und b) des Ausgleichs in Tausch- und Vertragsbeziehungen oder geschehenes Unrecht wiederherstellen
8) die Prinzipien der Gerechtigkeit (das Akzeptieren einer Grundnorm, z. B. Menschenwürde und Menschenrechte)

Ich kann hierbei nur auf die letztere Dimension eingehen, da es wie gesagt einen gesamtgesellschaftlichen und demokratisch-öffentlichen Diskurs braucht.

Die Methodik

Die achte Dimension, die Prinzipien der Gerechtigkeit die das Akzeptieren einer Grundnorm voraussetzen, liegt in unserem Fall schon vor. Die Grundnorm bzw. Grundnormen sind niedergeschrieben in den Menschen- und Bürgerrechten, d.h. im Falle Deutschlands auch im Grundgesetz. So heißt es im Grundgesetz, Artikel 1:

- 1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- 2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- 3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

(Quelle: Grundgesetz 48. Auflage, 2017, S. 6)

Mit den Prinzipien der Gerechtigkeit die wir nun etabliert haben bzw. schon lange etabliert worden sind, geht es nun darum Voreingenommenheit (die z. b. durch unseren sozialen Status einhergeht) aus den Weg zu räumen bevor wir den Begriff der Gerechtigkeit bestimmen. Hierzu bedienen wir uns dem Gedankenexperiment von John Rawl, bekannt als "*Der Schleier des Nichtwissens*" (= Veil of Ignorance). Hierbei geht es um eine hypothetische Entscheidungssituation in der Gerechtigkeitsgrundsätze bestimmt werden sollen. Nach diesen Grundsätzen sind dann die Institutionen der Gesellschaft einzurichten.

Die Situation

(Quelle: [Freie Universität Berlin](#))

„In der Theorie der Gerechtigkeit als Fairneß spielt die ursprüngliche Situation der Gleichheit dieselbe Rolle wie der Naturzustand in der herkömmlichen Theorie des Gesellschaftsvertrags. Dieser Urzustand wird natürlich nicht als ein wirklicher geschichtlicher Zustand vorgestellt, noch weniger als primitives Stadium der Kultur. Er wird als rein theoretische Situation aufgefaßt, die so beschaffen ist, daß sie zu einer bestimmten Gerechtigkeitsvorstellung führt. **Zu den wesentlichen Eigenschaften dieser Situation gehört, daß niemand seine Stellung in der Gesellschaft kennt, seine Klasse oder seinen Status, ebenso wenig sein Los bei der Verteilung natürlicher Gaben wie Intelligenz oder Körperkraft. Ich nehme sogar an, daß die Beteiligten ihre Vorstellung vom Guten und ihre besonderen psychologischen Neigungen nicht kennen. Die Grundsätze der Gerechtigkeit werden hinter einem Schleier des Nichtwissens festgelegt. Dies gewährleistet, daß dabei niemand durch die Zufälligkeiten der Natur oder der gesellschaftlichen Umstände bevorzugt oder**

benachteiligt wird. Da sich alle in der gleichen Lage befinden und niemand Grundsätze ausdenken kann, die ihn aufgrund seiner besonderen Verhältnisse bevorzugen, sind die Grundsätze der Gerechtigkeit das Ergebnis einer fairen Übereinkunft oder Verhandlung. [...] Den Urzustand könnte man den angemessenen Ausgangszustand nennen, und damit sind die in ihm getroffenen Grundvereinbarungen fair. Das rechtfertigt die Bezeichnung ›Gerechtigkeit als Fairneß‹: Sie drückt den Gedanken aus, daß die Grundsätze der Gerechtigkeit in einer fairen Ausgangssituation festgelegt werden. [...]“

In der praktischen Umsetzung, wieder auf Deutschland bezogen, heißt es dass auch niemand weiß ob er/sie im Westen, Osten, Süden oder Norden lebt; was seine/ihre Hautfarbe, Geschlecht, Religion oder Status ist; ob er/sie eine körperliche oder kognitive Beeinträchtigung hat; ob Migrationshintergrund oder kein Migrationshintergrund vorhanden ist, usw. Voraussetzung hierfür, in einer gesellschaftlichen Diskussion, ist auch die Gutwilligkeit (also keine Absicht der Täuschung oder des Betrugs besteht).

Demokratische Beteiligung auf der kleinen (lokalen) und großen (nationalen) Runde ist hierfür essentiell. Schließlich muss Gerechtigkeit nicht nur vertikal geschehen (vom Staat aus durch Regelungsrahmen und Gesetze) sondern auch horizontal (zwischen den Bürger und Bürgerinnen). Somit soll diese Diskussion auch zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts führen und das Verständnis untereinander fördern.

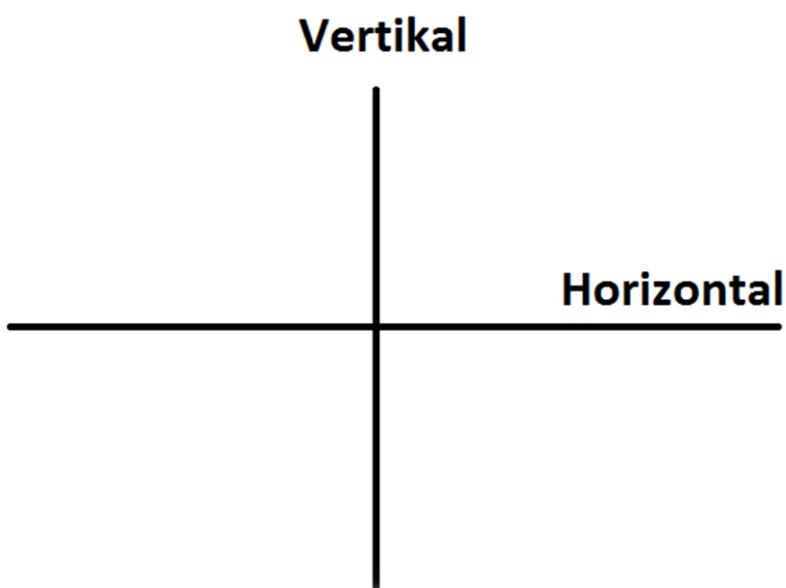


Abbildung 9 - Referenzbild: Vertikal = Senkrecht und Horizontal = Waagrecht, in diesem Fall von oben nach unten und auf gleicher Ebene
(Quelle: [blogspot](#))

Anwendung

Die erste und größte Anwendung ist die bereits genannte: die Institutionen der Gesellschaft nach den Gerechtigkeitsgrundsätzen einrichten bzw. neu justieren.

Da es an sich eine große Herausforderung ist die schnell zur Überforderung führen kann, sollten wir wie beim Bergsteigen vorgehen: eine Etappe nach der anderen. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Der Eingang von Behörden sollte Barrierefrei sein, damit auch jene die im Rollstuhl sitzen bequem und aus eigener Kraft in das Gebäude können. Formulare in Behörden sollten übersetzt werden oder die Personen Hilfe erhalten, damit jene mit geringeren Sprachkenntnissen und/oder Formularwissen auch alles korrekt ausfüllen können und auf eventuelle Nachfolge-Formulare aufmerksam gemacht werden, usw.

Die Komplexität und der Umfang der benötigten Änderungen ist auch Unterschiedlich, je nachdem ob diese auf der Gemeinde, Landkreis-, Länder-, oder Bundesebene angewandt wird. Letztendlich hängt es von den Bürger und Bürgerinnen (also auch der/die Leser/in) sowie den demokratischen Parteien und demokratischen Gruppen, Organisationen und Vereine ab. Ob uns diese Methodik hilft können wir nur auf eine Weise herausfinden. Natürlich wird es auch viel Zeit und Energie kosten (je nach Thema und welche administrative Ebene betroffen ist), doch das macht auch eine lebendige Demokratie aus.

Jede/r soll damit auch die Möglichkeit zur Mitgestaltung erhalten und die Mehrheitsgesellschaft und Minoritäten (demographische Gruppen) die Möglichkeit sich besser untereinander zu verstündigen und zu konstruktiven Lösungen zukommen.

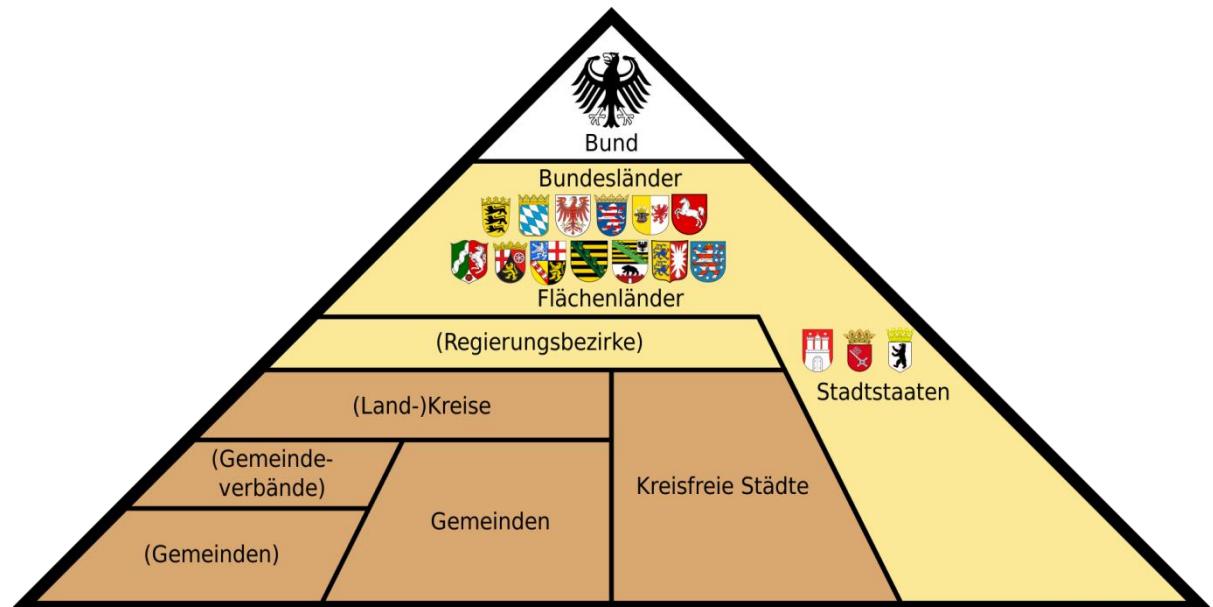


Abbildung 10 - Die Administrative Aufteilung unseres föderalistischen Systems
(Bild: [Wikipedia](#))

Mit dem Schleier der Unwissenheit können wir also somit die Frage der Gerechtigkeit lösen, oder zumindest ist es meine Hoffnung durch diese Methodik die Frage der Gerechtigkeit zu lösen auf den allerlei verschiedenen Ebenen auf der sie uns begegnet.

Durch die Beteiligung würde sich auch unsere Demokratie von innen weiter verstärken und verfestigen, was ich persönlich als sehr wichtig empfinde und essentiell für die Zukunft.

Quellen

Enzyklopädie der Philosophie Band I, S. 835-836

Grundgesetz 48. Auflage, 2017, S. 6

Der Schleier des Nichtwissens

<https://www.osa.fu-berlin.de/philosophie/beispielaufgaben/gedankenexperimente/index.html>

Gutwilligkeit

<https://www.spektrum.de/lexikon/philosophie/gutwilligkeit/842>

Föderalismus in Deutschland

https://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%BCderalismus_in_Deutschland

(Veröffentlicht: 27. Juni 2023, 23:12 Uhr)

Demokratie oder Barbarismus

| Eine Kampfansage |

Der Rechtsextremismus wird zur immer größeren Bedrohung in unserer Bundesrepublik: von dem rechtsextremen Terroristen der Walter Lübcke ermordet hat bis zu der rechtsradikalen Partei AfD, vor allem mit ihrem faschistoiden Flügel der von Björn Höcke in Thüringen angeführt wird. Schon immer war es die reaktionäre und chauvinistische Rechte in Deutschland die sich der Barbarei verschrieb und im Zweiten Weltkrieg vollständig entfaltete. Im Wiedervereinigten Deutschland dann in der rechtsextremen Gewaltwelle der 90er Jahre in Ostdeutschland und die NSU-Morde. Auch der Terrorist der den Anschlag von Halle verübte ist in dieser Mentalität verankert.

Deutschlands Demokratie hatte zwar die Zeit sich in den letzten Jahrzehnten zu festigen und seit 1949 zu verwurzeln, doch wie wir in den USA sehen darf dies nie ein Grund sein die Hände in den Schoß zu legen. Es bedarf einer Mobilisierung der Zivilgesellschaft zum Schutze unserer deutschen Demokratie und den Menschenrechten gegen den Barbarismus!

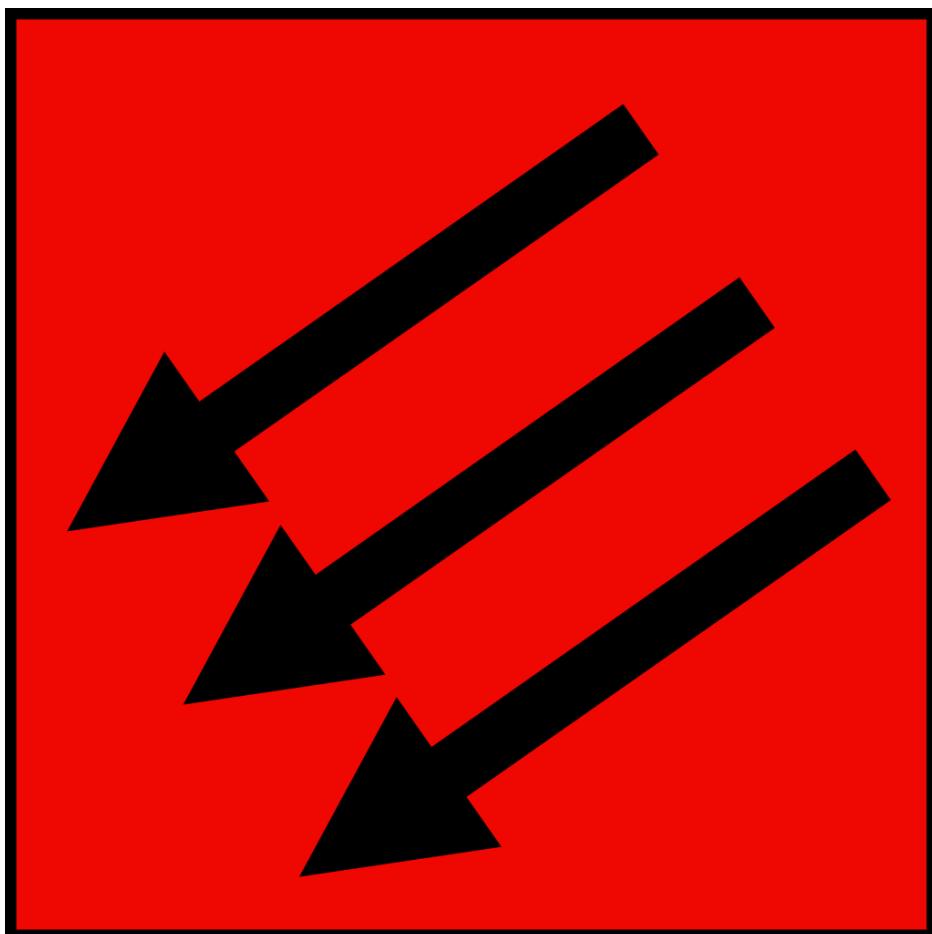


Abbildung 11 - Eine neue eiserne Front ist notwendig um gegen die inneren und äußeren Feinde geeint vorzugehen!
(Das Symbol hier wurde von der Eisernen Front benutzt)

Die Verteidigung der Demokratie

Wenn wir über die Verteidigung unserer Demokratie sprechen, dann allen voran die Würde des Menschen und die Menschenrechte wie es im Artikel 1 unseres Grundgesetzes steht:

1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

[...]

Was genau ist Menschenwürde?

(Quelle: <https://www.juraforum.de/lexikon/menschenwuerde>)

"Mit **Menschenwürde** wird der **unantastbare geistig-sittliche Wert** eines jeden Menschen bezeichnet. Dieser umfasst auch den **sozialen Achtungsanspruch des Menschen**, der es verbietet, diesen zu einem **bloßen Objekt des Staates** zu machen.

Dem betroffenen Menschen darf **nicht** etwa durch **Erniedrigung, Verfolgung, Brandmarke oder Ächtung** sein Geltungsanspruch als Mensch abgesprochen werden."

Unsere Verfassung regelt auch in Art. 79 III GG, die sog. **Ewigkeitsgarantie**, dass Änderung betreffend der Artikel 1 bis 20 GG oder die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung unzulässig sind. Damit soll verhindert werden, dass es wieder zur eine Zentralisierung des Staates und das ausschalten der Grundrechte kommt wie es die Nationalsozialisten mit der Reichstagsbrandverordnung und dem Ermächtigungsgesetz vor 90 Jahren getan haben.

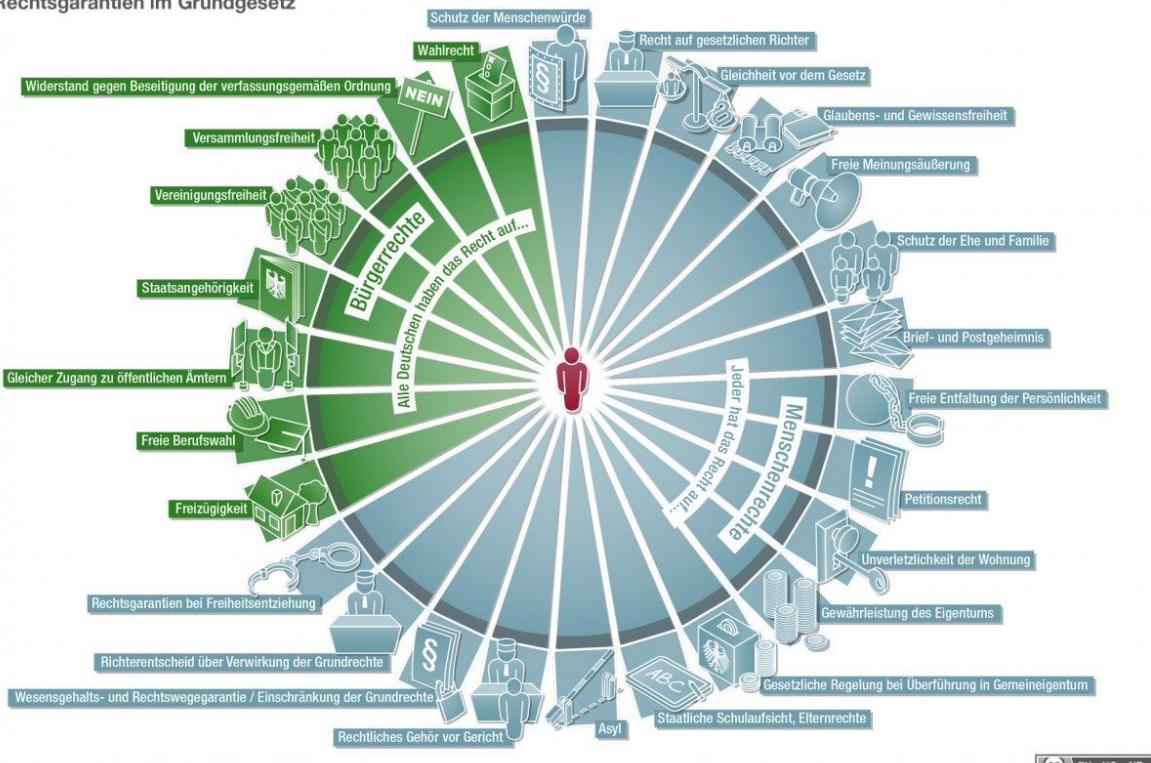
Zu den Rechten im Grundgesetz gehören die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, freie Meinungsäußerung, usw. (siehe Graphik). Daher ist politische Bildung über unsere Rechte essentiell, denn nur wer über seine Rechte weiß der kann sie auch einklagen und Missstände anprangern.

...



■ Grundrechte

Rechtsgarantien im Grundgesetz



Bundeszentrale für politische Bildung, 2009, www.bpb.de

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de



Abbildung 12 - Die Bürger- und Menschenrechte wie sie unser Grundgesetz garantiert
(Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung)

Ebenso wichtig ist die Gewaltenteilung in einer Demokratie die unterschieden wird zwischen der Gesetzgebenden Gewalt (Legislative), der ausführenden Gewalt (Exekutive) und rechtsprechende Gewalt (Judikative). Die Konflikte die zwischen der legislativen, exekutiven, und judikativen herrscht - und in einer Demokratie gewollt ist - sieht man auch wenn z. B. das Bundesverfassungsgericht (Judikative) ein beschlossenes Gesetz von der Bundesregierung (Legislative) kippt, weil es gegen unsere Verfassung verstößt. Dies war der Fall bei einem Klimaschutzgesetz von 2019 ([die Tagesschau berichtete](#)) welches für sie zu kurz ausfiel: *"Da in dem Gesetz lediglich bis zum Jahr 2030 Maßnahmen für eine Emissionsverringerung vorgesehen sind, würden die Gefahren des Klimawandels auf Zeiträume danach und damit zulasten der jüngeren Generation verschoben, so die Richter. Einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur wie geplant auf deutlich unter zwei Grad und möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen, sei dann nur mit immer dringenderen und kurzfristigeren Maßnahmen machbar. Damit würden die zum Teil sehr jungen Beschwerdeführenden in ihren Freiheitsrechten verletzt."*

Dabei bezogen sich die Richter auch auf Artikel 20a des Grundgesetzes: *"Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung."*



© mks

Abbildung 13 - Gewaltenteilung in der Bundesrepublik Deutschland
(Quelle: [Bundeszentrale für politische Bildung](#))

Eine gute Demokratie heißt auch den Schutz von Minderheiten und die Gewährleistung ihrer Bürger- und Menschenrechte, bei Nicht-Bürgern (z. B. Flüchtlingen) den Schutz der Menschenrechte - also vertikaler Respekt und Gerechtigkeit. Die Gesellschaft hat die Aufgabe des horizontalen Respekts und Gerechtigkeit, also von Bürger/in zu Bürger/in. Hierbei geht es nicht nur um Toleranz, sondern auch Akzeptanz. Akzeptanz betone ich insbesonders, da es die Anerkennung und Aufnahme von Mitbürgern ist die eine andere Religion, Sexualität und/oder Hautfarbe haben (ebenso wenn es um einen Migrationshintergrund geht). Deutschsein heißt demokratische Normen und Werte zu teilen, es ist das hineinwachsen in Kultur, Sprache und Geschichte (die hellen und dunklen Kapitel sowie die grauzonen) ob hier geboren oder eingewandert - letzteren wird es schwer oder unmöglich gemacht ohne Akzeptanz. Dies ist zumindest meine Auffassung.

Dann gibt es noch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk der eine weitere wichtige Säule in unserer Demokratie ist. Dieser wird von Rundfunkgebühren finanziert damit er staatsunabhängig ist und gleichzeitig nicht privatwirtschaftlich organisiert. Der ÖRR muss sich an bestimmte Programmgrundsätze halten: *"So sollen sie Objektivität, Unparteilichkeit, Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit wahren und einen Beitrag zur Verwirklichung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung leisten."* (bpb)



Abbildung 14 - Karte der Bundesrepublik Deutschland mit den Landesrundfunkanstalten der ARD
 (Quelle: [Bundeszentrale für politische Bildung](#))

Es gibt durchaus berechtigte Kritik am ÖRR, doch in seiner Grundfunktion ist er ein wichtiges Element zur Meinungs- und Konsensbildung in einer demokratischen Gesellschaft. Da er nicht durch Steuergelder finanziert wird, hat die Politik keinen direkten Einfluss darauf; da er nicht privatwirtschaftlich organisiert ist, muss er nicht Unterhaltung auf Kosten von Bildung und Kultur anbieten.

Schließlich kommen wir noch zu Bundeswehr, da dieser Blogeintrag von der Verteidigung der Demokratie handelt und den demokratischen Institutionen und Rechte (für eine detaillierte Erklärung siehe mein Eintrag "Zum deutschen Heer, die Bundeswehr").

Das Grundgesetz hat auch hier eine Rechtsgrundlage geschaffen:

Artikel 87a

(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltspflichten ergeben.

[...]

(2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt.

(3) Die Streitkräfte haben im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle die Befugnis, zivile Objekte zu schützen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen, soweit dies zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages erforderlich ist. Außerdem kann den Streitkräften im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle der Schutz ziviler Objekte auch zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen übertragen werden; die Streitkräfte wirken dabei mit den zuständigen Behörden zusammen.

(4) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung, wenn die Voraussetzungen des Artikels 91 Abs. 2 vorliegen und die Polizeikräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen. Der Einsatz von Streitkräften ist einzustellen, wenn der Bundestag oder der Bundesrat es verlangen.

Des Weiteren:

- Art. 26: verbietet die Vorbereitung eines Angriffkriegs
- Artk. 87a: Erlaubt Aufstellung von Streitkräften zur Verteidigung gegen einen bewaffneten Angriff auf das Bundesgebiet (in Verbindung mit den Art. 12a, Art. 73 Ziffer 1 und Art. 115b)

Nur im Fall eines außergewöhnlichen Notstandes darf die Bundeswehr im innern eingesetzt werden, dies ist aber genau geregelt in der 'Notstandsgesetzgebung' von 1968:

- bei einer Naturkatastrophe oder einem besonders schweren Unglücksfall (Art. 35 Abs. 2 und 3 GG),
- im Verteidigungs- oder im Spannungsfall zum Schutz ziviler Objekte (Art. 87a Abs. 3 GG),
- zur Abwehr von Gefahren für den Bestand des Staates oder die freiheitliche demokratische Grundordnung, beim Schutz von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und bewaffneter Aufständischer (Art. 87a Abs. 4 GG).

Zur parlamentarischen Kontrolle die folgende Grafik:

...

DIE BUNDESWEHR

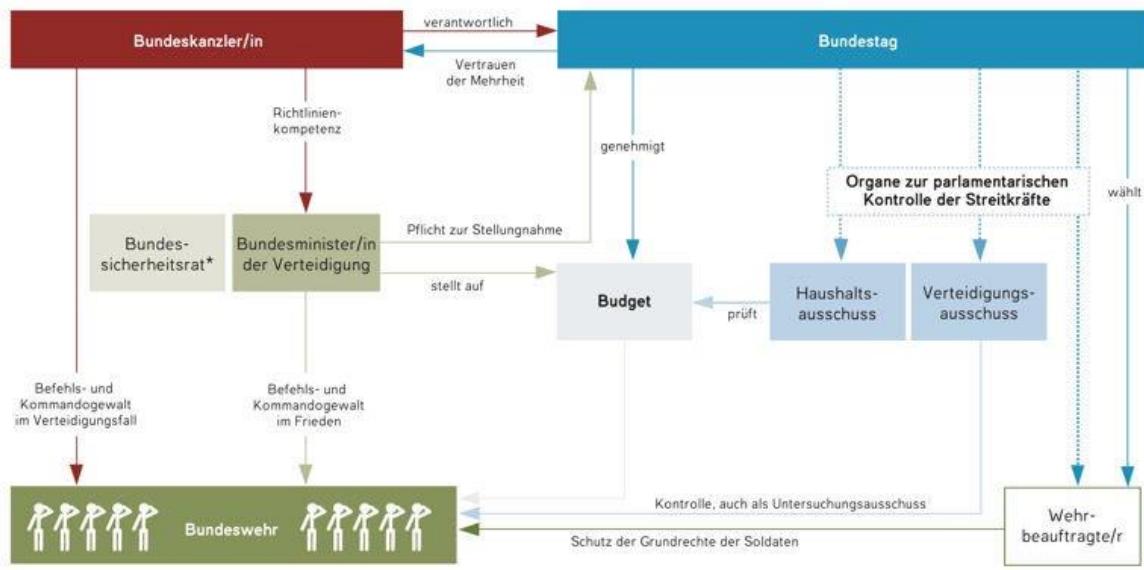


Abbildung 15 - (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung)

In der Bundeswehr gibt es zudem das Konzept der Inneren Führung, es ist verbindlich und dient ihm/ihr als Grundlage fürs handeln. Es gibt keinen unbedingten Gehorsam, die letzte Entscheidungsinstanz bleibt immer der Soldat bzw. die Soldatin. Als Fundament der Werte und Normen gilt die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

"Das Prinzip der Inneren Führung ist weltweit einzigartig. Viele Länder haben Teile davon für ihre eigenen Streitkräfte übernommen. Die Innere Führung ist jedoch kein reines Lehrfach. Sie hängt mit der Persönlichkeit eines jeden Soldaten zusammen: Er muss sich selbst führen können. Das heißt, er muss historisch, politisch und ethisch gut informiert sein. Erst so kann er Entscheidungen treffen und andere führen." (BMVG)

Hierfür zuständig ist das Zentrum Innere Führung (ZInFü) in Koblenz, siehe Fotos unten. Die Pressefotos finden Sie auf derselben Seite, wenn sie herunterscrollen (unter Kontakte).



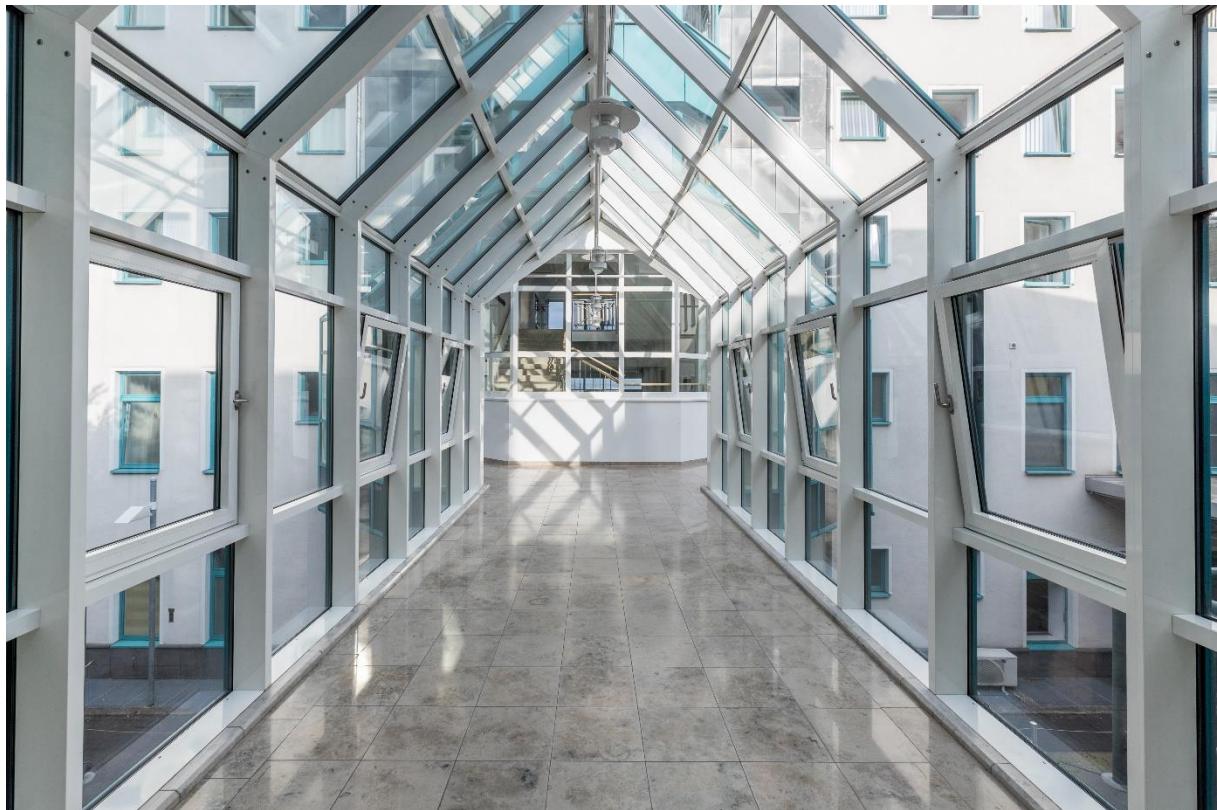


Abbildung 16 – Innenaufnahme vom Zentrum Innere Führung in Koblenz, am 14.08.2020

Schließlich gilt noch das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform, das heißt die Soldaten haben die gleichen Rechte und Pflichten wie ihre Mitbürger/innen (in manchen Bereichen jedoch eingeschränkt aufgrund ihres Berufes). Hierzu auch ein Auszug des bpB:

...

Staatsbürger in Uniform

Die Bundeswehr ist Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Der Dienst in der Bundeswehr wird bestimmt durch die Grundsätze der Inneren Führung. Ihr liegt das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform zugrunde. Der Soldat soll als verantwortungsbewusster Staatsbürger seine Pflichten aus innerer Überzeugung erfüllen. Voraussetzung dafür ist, dass seine Menschenwürde geachtet wird und seine Freiheit und seine staatsbürgerlichen Rechte nur insoweit eingeschränkt werden, als der militärische Auftrag es erfordert. Soldaten haben daher das aktive und das passive Wahlrecht und die Koalitionsfreiheit, das heißt das Recht, sich zur Vertretung ihrer Interessen und Belange zusammenzuschließen.

Eine Bewährungsprobe haben die Bundeswehr und die Innere Führung bestanden, als nach der Wiedervereinigung die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR aufgelöst und neue Bundeswehrtruppenteile aus Angehörigen der Bundeswehr und der ehemaligen NVA aufgestellt wurden. Fast 11.000 Offiziere und Unteroffiziere der NVA wurden in die Bundeswehr übernommen und mit den Grundsätzen der Inneren Führung vertraut gemacht. Die Bundeswehrsoldaten, die mit der Zusammenfügung zweier bis dahin feindlichen Armeen beauftragt waren, haben diese organisatorisch und vor allem menschlich ungewöhnlich schwierige Aufgabe mit Takt und Einfühlungsvermögen gelöst und damit einen wichtigen Beitrag zur inneren Einheit geleistet. Dasselbe gilt für die Soldaten der ehemaligen NVA, die sich in ein völlig fremdes System einfügen mussten.

Es ist also diese demokratische Grundordnung die es zu schützen gilt, sowie die humanistischen Werte aus der sie entstanden sind zu bewahren und zu vertiefen um noch vorhandene Mängel zu beseitigen.

Die Inneren Feinde

Die Reichsbürger

"Denn auf unsere Seite kämpft die Selbstachtung, dort aber die Frechheit; hier Schamhaftigkeit, dort Unzucht; hier Treue, dort Betrug; hier fromme Vaterlandsliebe, dort Verbrechen; hier Standhaftigkeit, dort Raserei; hier Ehrbarkeit, dort Schimpf und Schande; hier Selbstbeherrschung, dort Zügellosigkeit; schließlich streiten hier Gerechtigkeit, Mäßigung, Tapferkeit, Klugheit und alle Tugenden gegen Unrecht, Ausschweifung, Trägheit, Tollkühnheit samt allen Lastern; zuletzt noch Fülle gegen Armseligkeit, rechter Verstand gegen verlorenen Verstand, gesunde Vernunft gegen Wahnwitz, endlich die gute Hoffnung gegen die Verzweiflung an allem." (Cicero, Die zweite Rede gegen Catilina)

Die Bundesrepublik hat ebenfalls Feinde im inneren, wie sie Catilina und seine Anhänger innerhalb der Stadtmauern Roms waren - nur in einem größeren Ausmaße auf einen größeren Gebiet, innerhalb unserer Landesgrenzen. Die Reichsbürger-Gruppe um Prinz Reuß bei der auch die ehemalige AfD-Abgeordnete und Ex-Richterin Birgit Malsack-Winkemann sich beteiligt hat, lässt am deutlichsten die Parallele erkennen zu Catilina und seiner gescheiterten Verschwörung die Republik zu stürzen.

"Der Führungszirkel der Vereinigung habe das gewaltsame Eindringen einer bewaffneten Gruppe in das Reichstagsgebäude geplant, so der BGH. Es sei beabsichtigt gewesen, Abgeordnete, Kabinettsmitglieder und deren Mitarbeiter verhaften und abzuführen zu lassen.

"Trotz des teilweise fernliegenden gedanklichen Fundaments wiesen die Handlungen, von denen im Sinne eines dringenden Tatverdachts auszugehen ist, den zur Tatbestandserfüllung erforderlichen spezifischen Gefährlichkeitsgrad auf", bilanziert der BGH-Senat in den Beschlüssen." (Legal Tribune Online)

Jene oben genannte Person hat auch bestätigt, dass sie zuständig für das Justizresort war, Rekrutierungsversuche unternommen und zweimal mehrere Mitbeschuldigte durch das Reichstagsgebäude geführt hat, wobei diese Fotos und Videos gefertigt haben. Zudem ist es als hochwahrscheinlich eingestuft worden, dass sie Kenntnis von dem Plan zu einem bewaffneten Eindringen in das Reichstagsgebäude hatte und diesbezüglich auch mit in der Planung involviert war. Wie weit die Planung war zeit der nächste Absatz:

"Die Auswertung des Mobiltelefons der Beschuldigten belege darüber hinaus die von ihr an einige Mitstreiter weitergeleiteten Tagesordnungen und Übersichten zu Sitzungswochen des Deutschen Bundestages, so der Senat. Bei ihr wurden außerdem ein Revolver und eine halbautomatische Selbstladebüchse mit Zielfernrohr sowie etwa 7.000 Patronen gefunden. Sie soll sich spätestens im April 2022 der Gruppe angeschlossen haben."

Es wurde sogar schon geregelt wer Außenminister werden sollte und dass sich dieser neue Staat an der preußischen Verfassung orientieren solle. Jener der dafür zuständig war, ist der Rechtsanwalt Tim Paul G. der seit Mai 2022 Teil der Gruppe war. An Frevelhaftigkeit wahrlich kaum zu überbieten, diese Gruppe von Hochverrätern. Die Personen die involviert waren, kamen auch nicht vom Rand der Gesellschaft, sondern sind Rechtsanwalt, ehemalige Richterin und Abgeordnete, ein Prinz und mehrere ehemalige Soldaten - besonders viel Hass verdienen deswegen auch die ehemalige Richterin und Soldaten, die anstatt die Verfassung und die Demokratie zu schützen ihr in den Rücken hinterhältig fallen wollten. Allesamt verdienen es sozial verachtet zu werden neben der hoffentlich höchsten Strafe für ihre hochverräterische Aktivität.

"Heute muss man dafür sorgen, dass dies in Zukunft nie wieder von Bürgern getan, ja nicht einmal gedacht werden kann." (Cicero, Die vierte Rede gegen Catilina)

Quelle: <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/bgh-ak4623-untersuchungshaft-reichsbuerger-umsturz-prinz-richterin-tag-x-razzia/>

Björn Höcke und die AfD

Doch eine Verschwörung zum Putsch wie bei der Reichsbürger-Gruppe ist nicht das einzige Mittel der reaktionären nationalistischen und völkisch-nationalistischen. Eine Strategie, die zumindest momentan erfolgreich aussieht, ist die der rechstradikalen AfD - die Zersetzung der Demokratie im innern. Björn Höcke sticht hier besonders heraus, da er schon in seinem Buch *Nie zweimal in denselben Fluss* (Mitte-2018 veröffentlicht) seine zukünftigen Pläne für Deutschland offenlegte. Der Berliner Rechtsextremismus-Forscher Hajo Funke hat dazu einen [Gastbeitrag](#) geschrieben in der Zeit am 24. Oktober 2019.

Höcke verbreitet die Verschwörungstheorie der Neuen Rechten, dass es einen "Volkstod durch Bevölkerungsaustausch" gebe. Asiaten und Afrikaner, ob nur als Migrationshintergrund oder in der ersten Generation als Einwanderer, sind für ihn "kulturfremde" Menschen von der Deutschland gesäubert werden muss. Er schreibt auch ganz offen über die Verbanung von Millionen unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen: *"Neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein groß angelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein."* Gewalt ist hier zentral, da er selber in seinem Buch schreibt dass das "Remigrationsprojekt" andersweitig nicht zu schaffen sei. Er vergleicht es mit einem Patienten der eine drängende Operation verweigert.

Besinnen wir uns nochmal auf die Definition der Menschenwürde, die gleich im ersten Artikel im ersten Absatz des Grundgesetzes steht und zu schützen gilt: *"Mit Menschenwürde wird der unantastbare geistig-sittliche Wert eines jeden Menschen bezeichnet. Dieser umfasst auch den sozialen Achtungsanspruch des Menschen, der es verbietet, diesen zu einem bloßen Objekt des Staates zu machen."*

Dem betroffenen Menschen darf nicht etwa durch Erniedrigung, Verfolgung, Brandmarkung oder [Ächtung](#) sein Geltungsanspruch als Mensch abgesprochen werden."

Hier haben wir es also mit einem Politiker zu tun, der den Grundpfeiler des modernen und demokratischen Deutschlands niederbrennen will. Ein Grundpfeiler, der nach der Gewalt-herrschaft der Nationalsozialisten und ihren endlosen Grausamkeiten und Verbrechen Teil der deutschen Verfassung wurde. Wir wissen bereits sehr wohl, wohin das führen kann.

Wem das bekannt vorkommt, dieses Vokabular, der- oder diejenige hat es schon richtig verortet: auch im Nationalsozialismus war die Rede vom "Volkskörper" und Vergleiche dieser Art mit Gruppen in der Gesamtbevölkerung, vor allem die deutsch-jüdischen, dienten als Rechtfertigung für Diskriminierung, Ausgrenzung, Isolation und schließlich Massenmord.

"Sie zielte darum über die Ausgrenzung hinaus als letztes Mittel auf die Vernichtung der als "rassisch minderwertig" und als "innerer Feind des Volkskörpers" stigmatisierten Minderheiten. Andererseits lag es in der polykratischen Struktur des NS-Regimes begründet, daß im ständigen und ungeregelten Wettbewerb einzelner Machtgruppen sich innerhalb des Regimes Herrschaftsträger fanden, die im Namen der rassistischen Ideologie jeweils Vorkämpfer einer neuen Aktion waren. Dabei stand die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Zentrum der nationalsozialistischen Genozidpolitik; sie war aber nicht das einzige Element. Es war begleitet von einer Ausgrenzung und Vernichtungspolitik gegen psychisch Kranke, gegen geistig und körperliche Behinderte, gegen "Asoziale" und Homosexuelle

sowie gegen Sinti und Roma, die alle als "Gemeinschaftsfremde" stigmatisiert wurden." (Quelle: <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39550/ausbau-des-fuehrerstaates/>)

Doch es geht noch weiter, wie der nächste Auszug zeigt:

"Vor allem eine neue politische Führung wird dann schwere moralische Spannungen auszuhalten haben: Sie ist den Interessen der autochthonen Bevölkerung verpflichtet und muss aller Voraussicht nach Maßnahmen ergreifen, die ihrem eigentlichen moralischen Empfinden zuwiderlaufen." Man werde – so heißt es bei Höcke weiter wörtlich –, "so fürchte ich, nicht um eine Politik der 'wohltemperierten Grausamkeit' herumkommen. Existenzbedrohende Krisen erfordern außergewöhnliches Handeln. Die Verantwortung dafür tragen dann diejenigen, die die Notwendigkeit dieser Maßnahmen mit ihrer unsäglichen Politik herbeigeführt haben." (Seite 254 ff.)

Eine 'wohltemperierte Grausamkeit' also. Nach dem Duden ist wohltemperiert "ausgewogen; ohne Überschwang", Grausamkeit an sich ist aber bereits ein Übermaß an physischer oder psychischer Gewalt. Es ist also ein weiterer armseliger Versuch zivilisiert zu klingen. Im nächsten Auszug des Artikels wird es daher auch gleich von Höcke selbst widerlegt.

"In seinem Buch stellt Höcke auch fest, dass "wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind" mitzumachen." Er denke an einen "Aderlass". Diejenigen Deutschen, die seinen politischen Zielen nicht zustimmten, würden aus seinem Deutschland ausgeschlossen werden. Er trete für die Reinigung Deutschlands ein. Mit "starkem Besen" sollten eine "feste Hand" und ein "Zuchtmeister" den "Saustall ausmisten".'

Seine politischen Ziele gehen also über eine ethnische Säuberung hinaus und beinhalten auch eine politische Säuberung, mit ihm als Zentrum der Macht: *'Konsequenterweise antwortet Höcke auf die Frage, ob ein Volk sich selber aus dem Sumpf ziehen könne, mit Machiavelli: Ein "Uomo virtuoso" könne "als alleiniger Inhaber der Staatsmacht ein zerrüttetes Gemeinwesen wieder in Ordnung bringen"* (Seite 286 seines Buchs)

Ein Gemeinwesen das er und seine Partei mit Hass und Hetze erst vergiften und dann zerstören wollen. Der geistige Brandstifter insziniert sich als Feuerwehrmann. Wir haben also hier gesehen was Höcke's wichtigstes politische Ziel ist: die Vertreibung und Unterdrückung eines Großteils der Deutschen ummantelt von einer Herrschaft der grenzenlosen Gewalt.

Wenn wir auf Höcke's Rede in Dresden im Jahr 2017 vor der Jungen Alternative zurückblicken, dann ergibt sich das Muster eines Geschichtsrevisionistischen Faschisten dessen Ideen vom vorletzten Jahrhundert stammen: *"Und diese dämmliche Bewältigungspolitik, die lähmt uns heute noch viel mehr als zu Franz Josef Strauß' Zeiten. Wir brauchen nichts anderes als erinnerungspolitische Wende um 180 Grad! Wir brauchen so dringend wie niemals zuvor diese erinnerungspolitische Wende um 180 Grad, liebe Freunde. Wir brauchen keinen toten Riten mehr in diesem Land. Wir haben keine Zeit mehr, tote Riten zu exekutieren [sic!]. Wir brauchen keine hohlen Phrasen mehr in diesem Land, wir brauchen ein lebendige Erinnerungskultur, die uns vor allen Dingen und zuallererst mit den großartigen Leistungen der Altvorderen in Berührung bringt."* (Quelle: [Höcke-Rede im Wortlaut, der Tagesspiegel](#))

Im Kontext der völkischen Revolution die er einleiten will und die bereits schon eine große Anhängerschaft hat (vor allem in Ostdeutschland), entsteht ein Gesamtbild wie die Gesellschaft für Höcke auszusehen hat:

- 1) das völkische Denken soll wieder im Mittelpunkt stehen, damit eine breite Mehrheit in der Zivilgesellschaft Maßnahmen wie die erzwungene Massenauswanderung toleriert sowie andere rassistische Maßnahmen akzeptiert und eventuell sogar selbst anstößt;
- 2) die Erinnerungspolitik, die mit Verantwortung für die Gegenwart einhergeht, ist abzuschaffen damit einerseits jene Denkmäler verschwinden die Höcke und seine völkische Anhängerschaft stören und andererseits die geschichtlichen und die dadurch entstandenen politischen und ethischen Lehren (wie der Aufstieg der Nationalsozialisten gelang bis zu den moralischen Auseinandersetzungen wie z. B. der Schutz von Minderheiten);
- 3) schließlich noch die moralische Verrohung, in der exzessive Gewalt seitens der Regierung - von der Polizei bis zum Militär - Mittel zum Zweck ist um politische Gegner zum Schweigen zu bringen - dies setzt eine autoritäre und "Macht geht vor Recht" Mentalität voraus, die Höcke auch erst in der Gesellschaft aufblühen sehen will.

Der Anstieg Rechtsextremer Straftaten und der Aufstieg der AfD zeigt, dass es bereits diesen Boden sehr wohl gibt. Es ist daher auch ein politisches und gesellschaftliches Problem, das heißt die Politik muss neben der Symbolpolitik (die nach wie vor wichtig ist und wichtig bleiben wird) auch realpolitisch Handeln (wie kann dem völkischen Denken entgegengetreten werden und wie ist es soweit überhaupt gekommen?); für die Zivilgesellschaft stellt sich ebenfalls die Frage, wie diesem reaktionären völkisch-nationalistischen Denken dem Boden auf dem es wächst ausgetrocknet werden kann.

Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten

(Quelle: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_artikel.html)

"Im Vergleich zum Jahr 2021 (20.201) stieg die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten im Jahr 2022 um 3,8 % auf 20.967 Delikte.

Auch die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten stieg im Jahr 2022 um rund 7,5 % gegenüber dem Vorjahr (2022: 1.016, 2021: 945).

Nachdem im Jahr 2021 die Anzahl der rechtsextremistisch motivierten Körperverletzungsdelikte mit fremdenfeindlichem Hintergrund gesunken waren, wurde hier im Jahr 2022 wieder ein Anstieg von 16,3 % festgestellt (2022: 751, 2021: 646). Ebenso stieg die Zahl der fremdenfeindlichen Gewalttaten (2022: 796, 2021: 686)."

Nun ist also klar warum Björn Höcke, seine inner- und außenparteilichen Freunde und Anhänger eine Gefahr für unsere Bundesrepublik darstellen - besonders jene die sie als afrikanisch oder asiatisch ansehen. Hinzu kommt der Antisemitismus der bei Rechtsextremen allgegenwärtig und immer Teil der Rhetorik ist, entweder als Hundepfeifen-Politik (auf English: dog-whistle politics, dies ist eine versteckte Bedeutung in Aussagen die für die Anhängerschaft bestimmt ist) oder offenkundig.

Die AfD

Es sind schon 6 Jahre vergangen seit dieser Rede im Jahr 2017 - Frauke Petry ist längst Geschichte, doch Höcke hat weiterhin seinen Einfluss ausgebaut und trifft auf keinen nennenswerten Widerstand mit seiner völkisch-nationalistischen Weltsicht die eindeutig verfassungsfeindlich und demokratiefeindlich ist.

Im Jahr 2018 kam dann eine Idee seitens der Hamburger AfD auf: das einrichten einer Plattform auf der Nutzer Lehrer und Lehrerinnen melden können, wenn sie ihrer Meinung nach gegen das Neutralitätsgebot verstoßen haben. In neun anderen Bundesländern wurden auch diese Pläne oder Überlegungen gemacht: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ([n-tv](#), 10.10.2018).

Ein Resultat dieser Denunziationsplattform wäre das Aufkommen eines Bespitzelungssystems, Kinder und Jugendliche würden mit dem instrumentalisiert und die Entwicklung hin zu einer gefährlichen Eigendynamik wäre auch gegeben (z. B. Rechtsextreme die die Plattform benutzen um dann die Lehrer und Lehrerinnen durch Bedrohungen einzuschüchtern). Dies war also ein eindeutiges Warnsignal vor 5 Jahren.

Doch schon zwei Jahre zuvor hat sich die Radikalisierung in Gang gesetzt mit Frauke Petry als Parteivorstand der AfD. Beim parteiinternen Schiedsgericht hat schon im Jahr 2016 der rechte Parteiflügel die meisten Richter gestellt: *"Es entscheidet bei Parteiausschlussverfahren - auch gegen rechtsextreme Mitglieder. Doch vier der fünf Richter wurden vom rechten Parteiflügel selbst durchgesetzt. Die Machtverhältnisse sind also klar. Da ist der Fall Dubravko Mandic, ein Rechtsanwalt aus Freiburg.*

Bei Facebook machte er schon oft deutlich, wo er steht: „Von der NPD unterscheiden wir uns vornehmlich durch unser bürgerliches Unterstützer-Umfeld, nicht so sehr durch Inhalte,“ schrieb er.

Wegen seiner rassistischen Äußerungen sollte Mandic eigentlich aus der Partei geworfen werden, zum Beispiel weil er US-Präsident Obama wiederholt als „Quotenneger“ bezeichnete. Er selbst hat damit bis heute offenbar kein Problem. ([wdr](#), 14.01.2016)

Alexander Gauland, einer der bekanntesten Gesichter des rechten Flügels der AfD, hat nicht nur die 12 Jahre Terrorherrschaft der Nationalsozialisten mit dem Wort "Vogelschiss" relativiert, sondern ist auch darauf aus den verbrecherischen Zweiten Weltkrieg umzudeuten mit Bezug auf die Wehrmacht. So war es beim "Kyffhäuser-Treffen" der AfD in Thüringen der Fall: *"In einer bislang wenig beachteten Rede vom 2. September bei einem „Kyffhäuser-Treffen“ der AfD in Thüringen geht Gauland noch weiter und fordert eine Neubewertung der Taten deutscher Soldaten im zweiten Weltkrieg.*

Wenn Franzosen und Briten stolz auf ihren Kaiser oder den Kriegspremier Winston Churchill seien, „haben wir das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“, sagte Gauland in seiner von der AfD auch auf YouTube veröffentlichten Rede. Das Internet-Portal „BuzzFeed“ hatte zuerst darüber berichtet.

([Frankfurter Rundschau](#), 09.01.2019)

Die Wehrmacht war an allen Verbrechen des NS-Regimes aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt. Vor allem im Vernichtungskrieg ab Juni 1941 gegen die Sowjetunion:

"Die Wehrmacht führte sich an Hitlers völkerrechtswidrigem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und an der Gewinnung von "Lebensraum" im Osten. Sie akzeptierte die Ermordung hunderttausender jüdischer und slawischer Zivilisten oder kommunistischer Politkommissare durch Einsatzgruppen in den der Wehrmacht unterstellten besetzten Gebieten. Die Massenerschießungen sollten nach Anweisungen des OKW verborgen abseits der Kampfgebiete stattfinden, um die Moral der kämpfenden Truppe durch die Konfrontation mit der "Vernichtung" nicht zu untergraben. Dennoch kam es bei Exekutionen wiederholt zur engen Zusammenarbeit zwischen den Einsatzgruppen und der Wehrmacht, die Transportkapazitäten zur Verfügung stellte oder Gelände absperzte. Einzelne Wehrmachtsverbände führten selbständig Mordaktionen an der Zivilbevölkerung durch, auch "ermuntert" durch den "Reichenau-Befehl", in dem der Generalfeldmarschall von Reichenau 1941 die Soldaten zur "Vernichtung des jüdischen Untermenschenstums" aufrief." (LeMO, 15.05.2015)

Aber gut, gehen wir nochmal näher darauf ein und nehmen uns die 253. Infanterie-Division (I.D.) vor. Diese Einheit existierte von Kriegsbeginn 1939 bis zur Kapitulation 1945 und stand von Juni 1941 bis Mai 1945 ununterbrochen auf dem östlichen Kriegsschauplatz.

"Sie war nicht nur ein Kampfverband, sondern auch Teil der Besetzungsstrukturen der Wehrmacht im Operationsgebiet und an Kriegsverbrechen beteiligt." (Christoph Rass, 2014)

Nach 6 Monaten am östlichen Kriegsschauplatz meldete die 253. I.D. 230 getötete Partisanen, in den Monaten darauf folgten weitere Erschießungen. Bei den getöteten handelte es sich vor allem um versprengte Soldaten der Roten Armee, politische Kommissare sowie Zivilisten, darunter auch Juden (vgl. S. 83). Die Ausplünderung der Gebiete erfolgte durch Reserven, Logistik und Unterstützungseinheiten wobei sich nur selten Belege finden für eine angemessene Kompensation beschlagnahmter Güter, jüdische Besitzer erhielten keinerlei Entschädigung. *"Der Durchzug von Nachschubeinheiten der 253. I.D. ähnelte dem Kahlfraß durch einen Heuschreckenschwarm; war ein Gebiet ausgeschöpft, zogen die Einheiten weiter"* (S. 83).

In der verbrecherischen Kriegsführung der Frontverbände war die Rekrutierung und der Einsatz von Zwangsarbeiter/innen eines der wichtigsten Handlungsfelder: *"Schon im Spätsommer 1941 wurde bei der 253. I.D. Arbeitskommandos aus Kriegsgefangenen aufgestellt und bei Infanterieverbänden als Munitionsträger oder Minenräumer eingesetzt. In der Anfangsphase konnte die Erschießung von Gefangenen bereits durch deren Erschöpfung bedingt sein. Im Winter 1941/42 musste die Zivilbevölkerung Stellungen ausbauen und Nachschubstraßen vom Schnee räumen. Fehlte einer der durchnummerierten Dorfbewohner beim morgendlichen Appell, wurden die Menschen erschossen, die die darauffolgende und die vorhergehende Nummer trugen."* (S. 84) Bei den Arbeitsbataillone, die aus Kriegsgefangenen bestand, die seit 1942 eingesetzt wurden war Unterernährung und drakonische Maßnahmen Mittel zur Disziplinierung. Wenn ein Gefangener geflohen ist, wurde zur Vergeltung unbeteiligte Gefangene ermordet. Die frontnahen Kriegsgefangenen Lager wurden herangezogen um Sterbende und Arbeitsunfähige zu ersetzen.

Das Leid endete jedoch nicht für die Zivilbevölkerung mit den Rückzügen ab 1943.

In Arbeitskommandos zusammengefasst, wurden sie ins neue Einsatzgebiet deportiert.

"Immer wieder brachte die Division im Zuge dessen Arbeitskräftekontingente für die

Kriegswirtschaft des Reiches auf und versorgte auch die Familien höherer Offiziere der Division mit Dienstmädchen." (S. 84)

Dies war nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Buch "Verbrechen der Wehrmacht - Bilanz einer Debatte" von Christian Hartmann, Johannes Hürter und Ulrike Jureit; herausgegeben von C.H. Beck (Kapitel 9: Verbrecherische Kriegsführung an der Front, S. 80-91)

Die einzige Neubewertung die Gauland favorisieren würde, wäre eine Verleugnung dieser Verbrechen - auf welche Leistungen will er sonst Stolz sein, wenn der Vernichtungskrieg im Osten und die Ermordung von den europäischen Juden und Jüdinnen Ziel war?

Auf die Soldaten im Ersten Weltkrieg kann er gerne Stolz sein, ob er aber auch den Mut der gut 100.000 deutsch-jüdischen Soldaten würdigt und den Massenmord - ein Brudermord und Verrat - durch ihre Waffenbrüder und Volk zwei Jahrzehnte später scharf verurteilt? *'Fast 100.000 jüdische Soldaten haben auf deutscher Seite am Krieg teilgenommen. Gut 10.000 gar als Freiwillige. Julius Schoeps vom Potsdamer Moses Mendelssohn Zentrum:*

„Juden standen zweifellos in ihrer Mehrheit links von der Mitte. Aber es gab natürlich viele, die konservativ eingestellt waren und das zeigte sich bei Kriegsausbruch: Man meldete sich zu den Fahnen und war stolz darauf, Kriegsdienst leisten zu können. Das war das Bekenntnis zu Deutschland, das Bekenntnis zu Preußen, das Bekenntnis zum Kaiser; und wir können tatsächlich von so etwas wie einem jüdischen Patriotismus sprechen. Man zog in den Krieg, weil man der Überzeugung war, man müsste seine Pflicht leisten.“ ([deutschlandfunk](#), 18.06.2014)



Abbildung 17 - Nach einem Chanukka-Gottesdienst an der Ostfront, 1916
(Quelle. [haGalil - Jüdisches Leben online](#))

"12.000 jüdische Gefallene waren nach Kriegsende zu beklagen. Jeder sechste deutsche Jude hatte seine Wehrpflicht erfüllt. Im Verhältnis zur nichtjüdischen Mehrheitsbevölkerung hatten die Juden ebenso viele Kriegsteilnehmer wie die nichtjüdische Mehrheit gestellt. Das Gleiche

trifft hinsichtlich der Zahl der Freiwilligen, Gefallenen und Ausgezeichneten zu."
haGalil - Jüdisches Leben online, 02.07.2014)

Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine am 22. Februar 2022 war die "Wandel durch Handel" Doktrin endgültig gescheitert - damit hat sich auch sehr spät das Bild von Ost-europa geändert, dessen Sorgen und Bedenken ignoriert wurden und hauptsächlich der Dialog mit Vladimir Putin gesucht wurde. SPD, die Grünen und FDP mussten schnell handeln - die SPD mehr oder weniger schnell, da Scholz der Zögerer und seine SPD nur sehr langsam agieren und nach immensen Druck reagierten - und Deutschlands Abhängigkeit vom russischen Gas war nun auch glassklar zu sehen. Für Bearbock, unsere jetzige Außenministerin, sowie die Grünen war es ein weniger drastischer Wandel da sie schon zuvor dem skeptisch und kritisch gegenüberstanden. Andere Parteien und Persönlichkeiten hingegen, und wenig überraschend die AfD, haben sich mal wieder als Lernresistent erwiesen trotz der systematischen Kriegsverbrechen die Russland in der Ukraine begeht (von der absichtlichen Zerstörung von ziviler Infrastruktur bis zur massenhaften Entführung von ukrainischen Kindern nach Russland).

"Härter getroffen wurde die Energieversorgung im Westen des Landes und in anderen Grossstädten, wo es teilweise zu Notabschaltungen der Netze kam: So sassen 9 von 10 Lwiwern zunächst im Dunkeln, in Charkiw stellte die Metro den Betrieb ein. Die Region Odessa meldete den Abschuss von 21 Raketen, aber auch Probleme mit Wasser und Strom. Ihre Infrastruktur war Anfang Dezember besonders stark in Mitleidenschaft gezogen worden, und offenbar trafen die Russen erneut ein für die Versorgung zentrales Unterwerk. Landesweit zeigten die Angriffe aber weniger gravierende Folgen als frühere." (NZZ*, 29.12.2022)*

...

Destruction to residential areas in Mariupol



Image credits: Maxar

BBC

Abbildung 18 - Die Zerstörung von Wohngebieten in Mariupol durch Russland

Bei der AfD haben Enthüllungen erst neulich gezeigt, dass sie die Interessen Moskaus vertritt und damit einem autoritären Regime welches die EU-Staaten destabilisieren will (das erklärt auch warum die AfD so gegen die EU wettert und ihre Auflösung, gar den Dexit mit den katastrophalen wirtschaftlichen Folgen durch den Ausstieg aus dem EU-Binnenmarkt, vorantreibt): *"Die Recherchen zeigten ein Strategiepapier Putins aus dem Jahr 2017. Das Papier belegt die Pläne Russlands, die EU-Staaten zu destabilisieren und russische Propaganda zu*

verbreiten. Als konkretes Beispiel wird darin die AfD genannt und besonders ihr Abgeordneter Frohnmaier. Dieser sei unter „absoluter Kontrolle“ Moskaus. Russland wolle ihn bei seiner Kandidatur unterstützen haben, es gab ein Strategiepapier, damit dieser sich im Bundestag für russische Interessen einsetze.

Vergleicht man die Politik der Partei, ergibt sich ein stimmiges Bild. Frohmaier, der unter anderem auf russische Kosten zu Treffen auf der Krim eingeladen worden war, setzte sich unter anderem im April 2018 dafür ein, dass die völkerrechtswidrige Okkupation der Krim durch Russland anerkannt werden solle. Zitat: „Es ist nun mal so, dass die Krim jetzt die russische Krim ist.“ ([Quelle](#)).

Ziel der AfD und Russlands seien demnach die Spaltung und Schwächung der EU. Die Verbindungen der AfD zu Russland sind gut belegt, auch Gauland war (unter anderem zusammen mit Frohnmaier) in Russland, um Kontakte zu knüpfen ([Mehr dazu](#)). Viele andere führende AfD-Politiker haben Kontakte zu Russland. Kontakte zu einem Verein, dessen Vorsitzender an einem Terroranschlag in der Westukraine beteiligt sein soll ([Quelle](#)) oder einem AfD-Mitarbeiter, der nach russischen Fake News Demos vor dem Kanzleramt veranstaltet ([Quelle](#)), sind nichts Neues.“ ([Der Volksverpetzer](#), 08.04.2019)

Der Grund weshalb die AfD also militärische Hilfe für die Ukraine ablehnt und weiterhin von Russland abhängig sein will, ist zum einen ihr autoritäres Weltbild und zum anderen der Wunsch Vasall von Putin's Russland zu sein. So viel zum Patriotismus.

Der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl, Maximilian Krah, [ist ein offener Rechtsextremist](#) der gerne Gast bei Götz Kubitschek ist - einem rechtsextremen Verleger der seit 2021 als gesichert rechtsextrem und verfassungsfeindlich eingestuft ist.

Er hat sich mit dem Antisemiten und Rassisten Steve Bannon getroffen, der ehemals Berater von Donald Trump war und hat Werbung für eine Zemmour nahestehende Politikern gemacht, was ihn damals sogar eine 6-monatige Suspension der AfD eingebracht hat.

Zudem verbreitet er auch die Verschwörungstheorie der "Umwölkung", NS-Vokabular und Mentalität hat er offensichtlich ergriffen: "Noch ein Beispiel ist Krahs Forderung, Menschen in Schützenvereinen Polizeiuniformen in den Schrank zu hängen und sie wie eine mobile Einsatztruppe bereitzuhalten, falls die AfD mal wieder wo für Ordnung sorgen (sprich: Menschen jagen) möchte. Falls das für Dich verdächtig nach der NS-Hilfspolizei aus der Frühphase des NS-Reiches klingt, dann bist Du mit dieser Einschätzung nicht allein."

Dem totalitär-geführten China unter Xi Jinping steht Krah auch sehr nahe: "Tatsächlich gönnt sich aber auch der Europa-Spitzenkandidat Krah beispielsweise mal eine [Reise nach China auf Kosten des staatlichen Ölkonzerns China Petroleum](#) und von Huawei. Entsprechend fleißig war er dann auch darin, sich der Propaganda der Kommunistischen Partei Chinas zur Verfügung zu stellen." Zuletzt sei noch seine Blut-und-Boden Ideologie zu nennen, die er mit dem Thüringer AfD-Chef Höcke teilt.

Da wir es schon von der Europawahl haben, um die anderen AfD-Kandidaten sieht es nicht besser aus. So haben Vertreter des gemäßigten Lagers bei der Aufstellung am letzten Wochenende sogar wie keine Rolle gespielt, nach dem Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang.

"Irmhild Boßdorf, die am Wochenende auf Rang neun landete, warb in ihrer Bewerbungsrede

mit einem Schlagwort der "Identitären Bewegung" um Stimmen. Sie forderte eine "millionenfache Remigration" und sagte, eher als den menschengemachten Klimawandel sollten die Deutschen den "menschengemachten Bevölkerungswandel" fürchten." (tagesschau, 31.07.2023)

Wir sehen also wie sich die AfD radikaliert hat und die Verfassungsfeindlichkeit jeden Tag seit Jahren nur noch zunimmt und damit auch die demokratiefeindlichkeit, weshalb sie so nah an die Diktaturen in Russland und China kuschelt und Viktor Orban als einer ihren engsten Verbündeten ansehen. Den Barbarismus haben sie sich auf die Fahne geschrieben.

Steuerreform der AfD - Tod der Kommunen

Die AfD redet gerne über ihren Patriotismus und wie sehr sie doch das Vaterland liebe, doch ihre Steuerpläne aus ihrem Program vom Jahr 2021 zeigen das die gespielte Bürgernähe auf kommunaler Ebene eben nichts weiter als Lippenbekenntnis ist.

Die Grund- und Gewerbesteuer machten im Jahr 2016 54% der Steuereinnahmen der Kommunen aus, also €7,83 Milliarden (Quelle: [Die Kommunen und ihre Einnahmen](#)).

EINNAHMEN AUS ÖFFENTLICHEN ABGABEN

11

ENTWICKLUNG DER STEUEREINNAHMEN DER KOMMUNEN (SCHAUBILD 3)

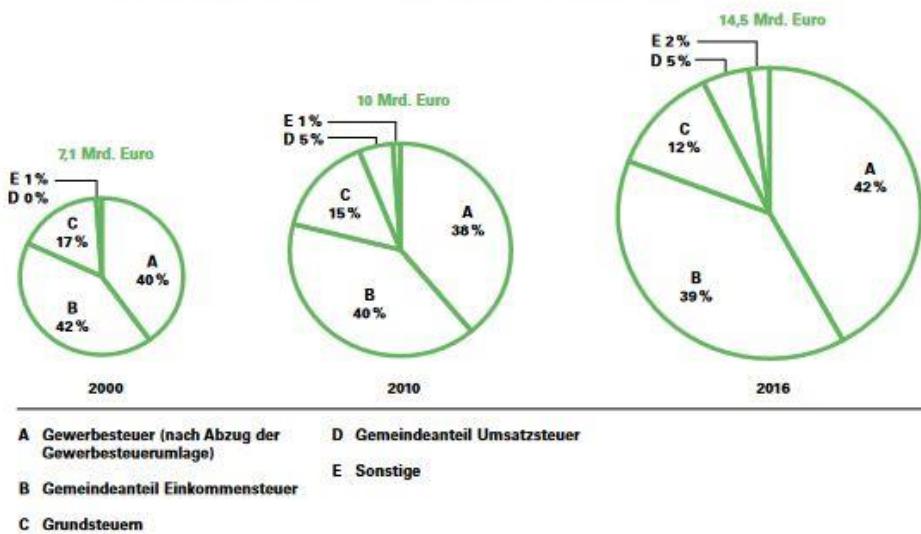


Abbildung 19 - Gewerbesteuer (A) und Grundsteuer (C) machen 54% der Steuereinnahmen aus (S. 11)

Eben diese Hauptsteuereinnahmen sollen Ersatzlos für die Partei entfallen. Auch soll die Erbschaftssteuer abgeschafft werden (€7 Milliarden) und die Vermögenssteuer nicht wieder eingeführt. Im Großen und Ganzen würden dem Staat durch diese Reform €150 Milliarden pro Jahr fehlen (als grobe Rechnung wären es im Jahr 2022 anstatt €814,9 Milliarden nur noch €664,9 Milliarden, also gut 19% weniger).

Zurück zu den Kommunen: zu ihren Freiwilligen Aufgaben zählen das bauen neuer Schwimmbäder, das anschaffen neuer Busse, das einrichten eines Heimatmuseum oder welche Zu- schüsse die heimischen Stadttheater und Vereine erhalten. Wenn also auf einmal über die Hälfte der Steuereinnahmen wegfallen, werden die Freiwilligen Aufgaben wohl zuerst geopfert werden müssen oder extrem stark reduziert werden da es immer vom eigenen Ermessen und finanziellen Möglichkeiten abhängig ist.

Zu den Pflichtaufgaben zählen Müllabfuhr, die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser, sowie der Bau von Kindergärten und Schulen. Die Renovierung und Modernisierung der letzteren beiden braucht ebenfalls Geld, ist zu wenig da leidet das Bildungs- und Fürsorgewesen - das bereits jetzt schon belastet ist - was sich wiederherum negativ auf Kommunen auswirkt die sich gerade noch so über Wasser halten können. Das unterste Glied im unseren Land würde massiv geschwächt werden, soziale Unruhen entstehen und Verwahrlosung von öffentlichen Einrichtungen einleiten. Für die lokale Gemeinschaft nichts weniger als eine Lähmung und für manch andere sogar der Todesstoß.

DER HAUSHALT EINER GEMEINDE



Abbildung 20 - (Quelle: bpb)

Fazit: Bestehende Probleme der Kommunen würden verschärft, die Einkommens- und Vermögensungleichheit durch die Verweigerung der Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Abschaffung der Erbschaftssteuer verschlimmert und das soziale Gefüge bis zu den Knochen beschnitten.

Die Demokratiegarde

Am Anfang dieses Blogeintrags habe ich nicht ohne weiteres Bezug auf die Eiserne Front genommen. Natürlich sind wir nicht in Zeiten der Weimarer Republik, doch die anti-demokratischen Kräfte - vor allem die Rechtsextremisten - sind eine ernsthafte Bedrohung für die zweite deutsche Republik. Seit nunmehr als 70 Jahren gibt es die deutsche Demokratie, während dieser Zeit hat sie viele Krisen durchgemacht und positive Entwicklungen (z. B. die 68-er Bewegung die die Rolle ihrer Eltern und Großeltern im Nationalsozialismus begann zu hinterfragen) erlebt. Die Entwicklung der EU von einer rein wirtschaftlichen zu einer liberal-demokratischen Union zählt ebenfalls dazu, da nun auch Kultur und die gemeinsamen demokratischen Werte größerer Bedeutung erlangten.

Es gibt noch einiges zu tun - von der Demokratisierung (was auch Transparenz beinhaltet) bis zur Gestaltung einer sozialeren Wirtschaftspolitik in der Armut aktiv bekämpft wird. In Deutschland wird es deutlich zwischen dem West-Ost Gefälle, dies ist ein weiterer bedeuternder Faktor für den Erfolg der AfD. Antworten hat sie aber keine, weshalb nun mehr denn je auf Sozialpolitik gesetzt werden muss um ein Teil des Problems zu lösen.

Die Demokratiegarde hingegen würde sich als partei- und organisationsübergreifend (den demokratischen, selbstverständlich) verstehen in der Konstruktivität, Austausch und Bildung im Mittelpunkt stehen. Das wir auf eine demokratische Krise zustürzen ist leider nun unvermeidlich, da die AfD in nächster Zeit vor allem Ostdeutschland prägen wird. Daher ist aber so eine Organisation auch essentiell, damit dieser schwere Sturm gut überstanden werden kann und die Rechte von Minderheiten und demokratische Strukturen erhalten bleiben (siehe "Wächter der Demokratie", ein Blogeintrag von mir). Dies hieße auch den Schutz von Veranstaltungen zu gewährleisten - sowie die Ordnung an sich wie sie sowieso schon Aufgabe ist -, vor allem in Gebieten in der die anti-demokratischen Kräfte des öfteren auch gewalttätig aktiv sind. Personen die schon im Bereich der Sicherheit arbeiten würden dies übernehmen und andere, die es übernehmen wollen, in Sachen Selbstverteidigung trainiert werden.

Ich habe die Meldung folglich auch mit Wut aufgenommen, dass der Bundeszentrale für politische Bildung die finanziellen Mittel gekürzt werden sollen - von €96 Million auf €76 Million, zu einer Zeit in der anti-demokratische Kräfte wieder an Auffahrt gewinnen. ([deutschlandfunk](#), 04.08.2023) Was wir jetzt brauchen ist eine Stärkung der demokratischen Institutionen, allen voran den Bildungseinrichtungen!

Jede Partei und Organisation (auch Vereine) die sich der Demokratiegarde anschließt, schwört einen Eid auf das Grundgesetz. Dem völkisch-nationalistischen Gedankengut muss Einhalt geboten werden! Es wird nicht einfach sein diesen zurückzudrängen bis er endlich ausgelöscht wird, doch es ist eine demokratische, humanistische und patriotische Pflicht!

Einbindung der Bundeswehr: Deutscher.Soldat e. V.

(Website: https://deutschersoldat.de/index.php?switch_to_desktop_ui=924)

Der Name des Vereins mag vielleicht zuerst schmunzeln auslösen, doch im seinen Kern geht es um die Überwindung der Vorurteile von jenen mit Migrationshintergrund und die Vision eines gemeinsamen Miteinanders in der es auf gemeinsame Werte ankommt. Auf den Verein bin ich aufmerksam geworden als ich das Buch *"Ich diene Deutschland"*:

"Ein Plädoyer für die Bundeswehr - und warum sie sich ändern muss" von Nariman Hammouti-Reinke gelesen habe. Was ich übrigens sehr empfehlen kann, weitere Buchempfehlungen gibt es noch zum Schluss.

Zur Entstehung:

"Im August 2010 hatte Thilo Sarrazin mit seinem Buch eine kontroverse Debatte ausgelöst, die sich im Kern mit der Integrationsunwilligkeit oder -fähigkeit von Zuwanderern befasste. Das Bild eines prügelnden, radebrechenden, jugendlichen "Ausländers" als Stereotyp aller Migranten wurde über unzählige Medienbeiträge in die Wohnzimmer der Deutschen verarbeitet; und fand oftmals Zustimmung.

Seinen Mitbürgern zu verdeutlichen, dass dies nicht der Wirklichkeit entspricht und dass Vielfalt ein großes Potential für Deutschland hat, war der Gedanke, der Ntagahoraho Burrihawa 2010 antrieb eine Initiative gegen diese verzerrte Wahrnehmung zu gründen.

Zusammen mit anderen deutschen Offizieren und Offizieranwärtern mit und ohne Migrationshintergrund rief er eine Initiative ins Leben, die 2011 in dem Verein Deutscher.Soldat.e.V. mündete.

Derzeit hat der Verein etwa 120 Mitglieder, die sich über das gesamte Bundesgebiet verteilen, wobei der eindeutige Schwerpunkt in Hamburg liegt. Der Großteil hat sich zudem für eine Laufbahn als Offizier der Bundeswehr entschieden und dient als aktive/r Offizier oder Offizieranwärter/in. Wir freuen uns allerdings auch über immer mehr zivile Mitglieder, die unsere Vision teilen und unsere Ziele unterstützen. Eine Mitgliedschaft steht also jedem offen und ist nicht auf das Personal der Bundeswehr beschränkt!"

Bereits bestehende Events können dabei integriert werden, z. B. im Einklang mit dem Internationalen Tag der Demokratie welches letztes Jahr am 15. November stattfand.

Andere Veranstaltungen, die bisher nicht ganz so viel Beachtung gefunden haben, könnten durch dieses Netzwerk mehr Aufmerksamkeit kriegen und vielleicht gibt es sogar in der Gemeinde in der sie leben bisher noch unbekannte Angebote die nur eine verbesserte Vernetzung benötigen. Eine mobilisierung der deutschen Gesellschaft, die mittlerweile so bunt wie ein Mosaik ist, stünde nichts im Wege. Vorurteile können abgebaut werden, die Demokratisierung kann weiter voranschreiten und eine ganz eigene zivilgesellschaftliche Eigendynamik wird möglich sein die vielleicht bald anderen Nationen als Vorbild dient.

Das Fundament liegt bereits und die Säulen stehen, nun wird es Zeit den Tempel zu vervollständigen.

...



Abbildung 21 - Aphaiatempel (symbolish)
(Quelle: [Academic](#))

Quellen

Die Verteidigung der Demokratie

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

<https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html>

Menschenwürde nach dem Grundgesetz - Definition, Erklärung & Beispiele

<https://www.juraforum.de/lexikon/menschenwuerde>

Reichstagsbrand – auf dem Weg in die Diktatur

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/265402/reichstagsbrand-auf-dem-weg-in-die-diktatur/>

Klimaschutzgesetz in Teilen verfassungswidrig

<https://www.tagesschau.de/inland/klimaschutzgesetz-bundesverfassungsgericht-101.html>

Gewaltenteilung/Gewaltenverschränkung

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17567/gewaltenteilung-gewaltenverschraenkung/>

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: von der Gründung der ARD bis heute

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/311191/oefentlich-rechtlicher-rundfunk-von-der-gruendung-der-ard-bis-heute/>

Bundeswehr

<https://www.bpb.de/themen/politisches-system/deutsche-demokratie/39384/bundeswehr/?p=2>

Das Konzept der Inneren Führung

<https://www.bmvg.de/de/themen/verteidigung/innere-fuehrung/das-konzept>

Zentrum Innere Führung

<https://www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/zentrum-innere-fuehrung>

Die inneren Feinde

Die Reichsbürger

Jura-Karteikarten und Zielfernrohr für den Staatsstreich

<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/bgh-ak4623-untersuchungshaft-reichsbuerger-umsturz-prinz-richterin-tag-x-razzia/>

Cicero: Vier Reden gegen Catilina

Reclam Verlag, 182 Seiten

ISBN: 978-3-15-019369-3

Björn Höcke und die AfD

Rechtsextremismus - Höcke will den Bürgerkrieg

https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-10/rechtsextremismus-bjoern-hoecke-afd-fluegel-rechte-gewalt-faschismus?utm_referrer=https%3A%2Fwww.google.com%2F

Nationalsozialismus: Ausbau des Führerstaates

<https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39550/ausbau-des-fuehrerstaates/>

Duden: wohltemperiert

<https://www.duden.de/rechtschreibung/wohltemperiert>

Höcke-Rede im Wortlaut: "Gemütszustand eines total besieгten Volkes"

<https://www.tagesspiegel.de/politik/gemutszustand-eines-total-besiegten-volkes-5488489.html>

Bundesamt für Verfassungsschutz: Rechtsextremismus

https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_artikel.html

AfD initiiert Meldeplattformen: Denunzieren von Lehrern stößt auf Kritik

<https://www.n-tv.de/politik/Denunzieren-von-Lehrern-stoest-auf-Kritik-article20664106.html>

Offener Rassismus - die unaufhaltsame Radikalisierung der AfD
<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/offener-rassismus-100.html>

Gauland will stolz sein "auf Leistungen deutscher Soldaten in Weltkriegen"
<https://www.fr.de/politik/gauland-will-stolz-sein-auf-leistungen-deutscher-soldaten-weltkriegen-11087638.html>

LeMO Der Zweite Weltkrieg - Die Wehrmacht
<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/kriegsverlauf/wehrmacht.html>

Erster Weltkrieg: Als jüdische Soldaten für Deutschland kämpften
<https://www.deutschlandfunk.de/erster-weltkrieg-als-juedische-soldaten-fuer-deutschland-100.html>

„Eilet freiwillig zu den Fahnen“
<https://www.hagalil.com/2014/07/juedische-soldaten/>

Russland lanciert den bisher wohl massivsten Raketenangriff – die Folgen halten sich dank ukrainischer Vorbereitung und Improvisation in Grenzen
<https://www.nzz.ch/international/ukraine-krieg-russlands-zehnter-angriff-gegen-die-infrastruktur-ld.1719139>

„Die Stimme Moskaus“: AfD wird im Bundestag wegen Russland-Kontakten fertig gemacht
<https://www.volksverpetzer.de/uncategorized/kuhle-afd/>

So rechtsextrem ist der AfD-Spitzenkandidat Krah
<https://www.volksverpetzer.de/analyse/so-rechtsextrem-afd-krah/>

Verfassungsschutz zu AfD-Parteitag:
"Rechtsextremistische Verschwörungstheorien" verbreitet
<https://www.tagesschau.de/inland/haldenwang-afd-verfassungsfeindlichkeit-europawahl-100.html>

Christian Hartmann, Johannes Hürter, Ulrike Jureit:
Verbrechen der Wehrmacht - Bilanz einer Debatte, 230 Seiten, C.H. Beck
ISBN: 978-3-406-66290-4

Steuerreform der AfD - Tod der Kommunen

Die Kommunen und ihre Einnahmen
<https://fm.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/service/publikation/did/die-gemeinden-und-ihre-einnahmen-2>

Bundestagswahl 2021: Das sind die Steuerpläne der AfD
<https://www.smartsteuer.de/blog/2021/07/13/bundestagswahl-2021-das-sind-die-steuerplaene-der-afd/>

Deutsche Demokratie: Gemeinden

<https://www.bpb.de/themen/politisches-system/deutsche-demokratie/39377/gemeinden/>

Die Demokratiegarde

Bericht: Bundeszentrale für politische Bildung droht Sparprogramm

<https://www.deutschlandfunk.de/bericht-bundeszentrale-fuer-politische-bildung-droht-sparprogramm-100.html>

Deutscher.Soldat e. V.

https://deutschersoldat.de/index.php?switch_to_desktop_ui=924

Aphaiatempe

<https://de-academic.com/dic.nsf/dewiki/91059>

Weitere Buchempfehlungen

Zuletzt hier noch ein paar Bücher die ich sehr empfehlen kann zu lesen, mit Bezug zum Thema.

Titel: Keine Gesellschaft ohne Wissenschaft!

Autor: Thierry J.-L. Courvoisier

Verlag: Springer Nature (nicht zu verwechseln mit Axel Springer!)

Seitenanzahl: 140

ISBN: 978-3-662-55555-2

Kommentar: Ich nehm das Buch hier nicht deshalb auf, weil ich auf die Informations- und Wissenschaftsfreiheit anspiele, sondern weil die moderne Wissenschaft Grundlage für konstruktive Diskussionen ist und in einer Demokratie ebenfalls geschützt und gefördert werden muss. In einer Zeit, in der wissenschaftsfeindlichkeit an Auftrieb gewinnt, ist dies notwendiger denn je. Dieses Buch zeigt welche wichtige Rolle die Wissenschaft in unserer Gesellschaft hat.

Titel: Deutsch sein und Schwarz dazu - Erinnerungen eines Afro-Deutschen

Autor: Theodor Michael

Verlag: dtv

Seitenanzahl: 199

ISBN: 978-3-423-34857-7

Kommentar: Dieses Buch bietet eine erfrischende Perspektive aus der Sicht eines Deutschen dessen Vater aus Kamerun und seine Mutter aus Deutschland stammt. Er schildert dort wie er seine Kindheit, das Dritte Reich und die Nachkriegszeit erlebt hat.

Titel: Noah - Von Einem, der Überlebte

Autor: Takis Würger

Verlag: Penguin Verlag

Seitenanzahl: 183

ISBN: 978-3-328-10844-3

Kommentar: Die Überlebenden des Holocausts werden immer weniger, daher wird ihr Wissen und Erfahrungen die sie nicht nur auf Veranstaltungen, sondern auch in Büchern und Artikeln, vermitteln immer wichtiger. Dieses Buch zählt dazu.

(Veröffentlicht: 6. August 2023, 17:28 Uhr)

Von der negativen und positiven Pflicht und deren Schwierigkeiten

In der Philosophie wird Pflicht in der **Tragweite** (absolute und relative, assertorische und hypothetische, allgemeine und besondere, notwendige und bedingte), **Formal** (positive und negative, präzptive und prohibitive) und **Inhalt** (Pflichten der Gerechtigkeit (Tugendpflichten) und der Güte oder Liebe) unterschieden. In diesem Blogeintrag geht es um die negative und positive Pflicht, ihre praktische Anwendung sowie Schwierigkeiten.



Abbildung 22 - (Bild von [c.pxhere](https://c.pxhere.com))

Wortbedeutung

Zuerst zur Definition des Begriffs "Pflicht", hierzu verwenden wir die Erklärung des "[Wörterbuch der philosophischen Grundbegriffe](#)" von [Friedrich Kirchner](#) (1848-1900).

Pflicht (officium), eigtl. Sorge, Pflege, Dienst (vom ahd. phlegan), heißt allgemein soviel als Obliegenheit. **Eine Pflicht setzt ein Subjekt, welches eine Aufgabe vorschreibt, und ein anderes, welchem die Aufgabe erteilt wird und das sowohl des Gehorsams wie des Ungehorsams fähig ist, voraus.** In engerer Bedeutung ist Pflicht soviel als sittliches *Gebot*. Die Notwendigkeit, welche die Pflicht dem Menschen auferlegt, ist hiernach keine nur äußerliche oder physische, sondern eine *innerliche, moralische*; der Mensch *muß nicht die Pflicht erfüllen*, sondern er *soll* sie erfüllen. **Dasjenige, was ihn verpflichtet, ist im allgemeinen die Vernunft, das Gewissen, der Charakter und im einzelnen das psychologische Motiv seines Willens, die alle natürlich in Wechselwirkung mit den äußeren Umständen des Lebens stehn.** So erwächst die Pflicht aus Vernunft und Erfahrung, Anlage und Erziehung, Notwendigkeit und eigenem Willen, Zwang und praktischer Freiheit.

Bei einem so geläufigen Begriff, der auch im Alltag täglich vorkommt (wie Buchführungs-pflicht in Unternehmen, Lernpflicht in der Ausbildung, [Sorgfaltspflicht](#) im öffentlichen Dienst, Zivilrecht oder Strafrecht, usw.), kommt vielleicht die Frage auf warum es notwendig ist diesen so genau zu definieren.

Da wir über ein philosophisches Thema schreiben müssen wir uns erst sicher sein, dass wir alle auf derselben Frequenz kommunizieren und die Definition soll diese etablieren. Entweder kann dann die Definition an sich kritisiert werden oder wie sie von dem Autor oder der Autorin interpretiert wurde. Schlussfolgerungen können dann auch eher nachvollzogen werden wenn der Inhalt kohärent ist. Nun kommen wir als zum Inhalt.

Positive und Negative Pflichten

Bei der positiven Pflicht geht es darum eine bestimmte Handlung auszuführen, wohingegen eine negative Pflicht darin besteht eine bestimmte Handlung nicht auszuführen. In Prinzip geht es also um das Tun oder Unterlassen einer Handlung.

Die Quelle die ich benutze gibt hierzu ein einfaches Beispiel an zur verbildlichung: "*Ich kann zum Beispiel die positive Pflicht haben, meinem kleinen Bruder von meiner Tafel Schokolade etwas abzugeben. Eine negative Pflicht wäre in diesem Zusammenhang, ihm seine Süßigkeiten nicht wegzunehmen.*" ([Lehrerfortbildung BW](#))

Folglich dient die positive Pflicht zur Verbesserung einer Situation und die negative Pflicht der Nichtverschlechterung. Wenn ersteres also unter gewissen Umständen nicht geht (um auf das Beispiel zurückzukommen: die Tafel Schokolade (oder Schokoladenkuvertüre) wurde vielleicht im Rahmen einer Weihnachtsspenden Aktion* der Schule gekauft, wo sie mit anderen Sachen dann eingepackt und an Bedürftige innerhalb des Landes oder ins Ausland verschickt wird), dann greift die negative Pflicht.

*In meiner Zeit auf der Berufs- und Wirtschaftsschule gab es die [Johanniter-Weihnachtstrucker](#) Aktion in der die Spenden innerhalb der Klasse organisiert wurde wenn sie sich dazu bereit erklärte.

Verfahren in der Praxis

Ob es nun eine auferlegte oder freiwillig angenommene Pflicht (z. B. in einem Verein oder Nichtregierungsorganisation), eine moralische Pflicht (wie den Bedürftigen helfen) oder eine Berufspolitische Pflicht ist, die Vorgehensweise bleibt gleich:

1. Bestandsaufnahme der Situation die Sie vor sich haben (detaillierte Darstellung).
2. Ziele formulieren die zu erfüllen sind zur Verbesserung der Situation und Grenzen setzen die zur Nichtverschlechterung führen (es kann durchaus sein, dass nur letzteres Priorität hat wenn die Umstände keine Verbesserung erlauben wegen ein Mangel an Ressourcen von Zeit bis Geld oder äußerlichen Beschränkungen auf die man keinen Einfluss hat).
3. Ressourcenplanung: was muss getan werden um die Verbesserung zu erzielen und was muss verhindert werden um eine Verschlechterung abzuwenden?
4. Falls dennoch eine Verschlechterung eintreten sollte, was ist notwendig um eine Milde rung der Umstände herbeizuführen?

Je nachdem auf welcher Ebene man sich in der Hierarchie befindet (oder es gleichgestellt unter Bürgern durch eine Volksinitiative oder Projekte die gemeinschaftlich organisiert werden können - dazu zählen auch Demonstrationen die auf politische Trägheit oder Vernachlässigung bestimmter Themen aufmerksam macht), hat man mehr oder weniger Einfluss auf die Entwicklung und damit inwieweit sich was verbessert oder verschlechtert.

Die verschiedenen Arten der Pflichten	
Auferlegte Pflicht	Pflicht die im Rahmen eines Berufes auferlegt wurde.
Freiwillige Pflicht	Pflicht die freiwillig angenommen wurde, z. B. durch Arbeit in einer Nichtregierungsorganisation oder einem Verein.
Moralische Pflicht	Pflicht die auf der eigenen philosophischen Auffassung beruht und deren Handlungen und Überlegungen sich daraus ableiten. Dies kann individueller oder gemeinschaftlicher Natur sein, letzteres lässt sich anhand der Solidarität veranschaulichen, wenn z. B. eine Flutkatastrophe eine Nachbargemeinde oder Nachbarland getroffen hat, und die oben genannte Solidarität zur Hilfe aktiv wird.
Berufspolitische Pflicht	Diese Pflicht unterscheidet sich von der freiwilligen Pflicht und betrifft vor allem die politischen Akteure in den Parteien und die Regierung selbst. Je nach Umstand muss eine Lösung oder Teillösung entweder eine Situation nicht verschlechtern (z. B. Armut) oder verbessern (z. B. Zugang zur Bildung). Dabei muss auch die Nachhaltigkeit in kurzfristigen Lösungen erörtert werden.

Nachhaltigkeit: „Prinzip, nach dem nicht mehr verbraucht werden darf, als jeweils nachwachsen, sich regenerieren, künftig wieder bereitgestellt werden kann.“ (Quelle: [Duden](#))

In diesem Zusammenhang bedeutet Nachhaltigkeit auch langfristige Denken, d.h. Entscheidung, v. a. kurzfristige, die jetzt getroffen werden nicht für zukünftige Generationen belastend werden. Auf die zukünftige und jüngere ebenso achten wie die jetzige und alte.

Anmerkung: Der Grund warum 'Berufspolitische Pflicht' separat von der auferlegten Pflicht aufgelistet ist, gründet in ihrer Rolle als Gestalterin und Planerin (u.a. präventiv) - die Regierung trägt dazu bei ob sich was verschlimmert oder verbessert (auch hier gibt es Ausnahmen: z. B. eine Pandemie oder Krieg auf die sie mal weniger mal mehr Einfluss hat wenn es einmal ausbricht) für die heutige und zukünftige Generationen und im Falle der Opposition zumindest der Versuch.

Die vier verschiedene Pflichtarten erfolgen meiner eigenen Einteilung, Überlappungen werden aber eher die Regel als die Ausnahme sein. So kann eine auferlegte Pflicht mit einer moralischen Pflicht in Konflikt geraten. So sind z. B. durch ungewöhnlich lange trockene Phasen die Erntebeträge eines Landwirten zurückgegangen während es gleichzeitig einen Anstieg an Heuschrecken gab; der Landwirt muss aber einen Mindestbetrag erzielen um zur Ernährungssicherheit beizutragen weshalb er verstärkt auf Pestizide setzt was wiederherum nicht nur die Schädlinge, sondern auch Kollateralschäden an anderen Tieren und Pflanzen verursacht. Die auferlegte Pflicht als Landwirt gerät also mit seiner moralischen Pflicht zur Nachhaltigkeit in Konflikt, wobei der drohende Mangel - vor allem wenn es noch dazu in einem ärmeren Land ist - eine Prioritätensetzung forciert wenn es keine Alternativen dazu gibt.

Damit kommen wir auf den Teil zurück in der Begriffserklärung:

Dasjenige, was ihn verpflichtet, ist im allgemeinen die Vernunft, das Gewissen, der Charakter und im einzelnen das psychologische Motiv seines Willens, die alle natürlich in Wechselwirkung mit den äußeren Umständen des Lebens stehn.

Schluss

Die oben geschilderte Situation mit dem Landwirt ist natürlich eine Extremsituation in der zwischen einer leichten Verbesserung (der Mindestbetrag zur Ernährungssicherheit) und einer Nichtverschlechterung (erhalt der Artenvielfalt) in Konflikt zueinanderstehen.

Bei der Vorgehensweise ändert sich jedoch nichts:

Auferlegte Pflicht (Beruf: Landwirt)

Die Bestandaufnahme ist der Verlust der letzten Jahre und die derzeitigen Gefahren.
Da das Ziel die Ernährungssicherheit ist, muss der Betrag zur Verbesserung Höhe x haben.
Um eine Verbesserung zu erreichen, müssen mehr Pestizide eingesetzt werden.
Daher: Aufforderung etwas zu Tun.

Moralische Pflicht (Nachhaltigkeit)

Die Bestandaufnahme nimmt auch den Artenschwund der letzten Jahre zur Kenntnis.
Hier ist das Ziel die Artenvielfalt nicht zu gefährden, also eine Nichtverschlechterung.
Um eine Nichtverschlechterung zu erreichen dürfen keine Pestizide verwendet werden.
Daher: Notwendigkeit der Unterlassung.

Da in diesem Fall nicht nur wirtschaftlich gerechnet wird, da ich die Ernährungssicherheit miteinbezogen habe, kann es auch mit der moralischen Pflicht harmonieren (öffentliche Gesundheit durch adäquate Lebensmittelversorgung) während es mit einer anderen moralischen Pflicht (die der Nachhaltigkeit) in Konflikt gerät.

Situationsbedingtes handeln führt manchmal zu suboptimalen Entscheidungen.
Im Kontext der lokalen Gemeinschaft könnten hingegen Wiesen für Insekten angelegt werden damit sie sich ungestört dort entfalten können, dies wäre dann eine Minderung.

Wie es auch in der anfangs erwähnten Quelle aus dem Beispiel mit dem Kind heißt:
"Positive Pflichten gegenüber den Armen in der Welt sind zum Beispiel die Pflichten ihnen in ihrem Elend zu helfen. Da es uns gut geht und wir von der bestehenden Weltordnung profitieren, müssen wir den Bedürftigen helfen."

Unsere Pflicht, die Armut zu bekämpfen, kann jedoch auch auf negativen Pflichten beruhen: Wir dürfen die Armen nicht schädigen. Uns geht es deshalb so gut, weil wir von der bestehenden Weltordnung profitieren, die uns zu Lasten der Armen bevorzugt. Das heißt, wir tun ständig ohne es zu wissen etwas, das den Zustand der Armen verschlechtert. Durch diese Pflichtverletzung schulden wir den Armen Hilfe, um den von uns verursachten Schaden auszugleichen."

Wenn also weder die positiven noch negativen Pflichten erfüllt werden können, so ist ein Ausgleich das mindeste was wir tun können - oder Minderung, wie ich es genannt habe.

Quellen

Wörterbuch der philosophischen Grundbegriffe
<https://www.textlog.de/kirchner/>

Sorgfaltspflicht
<https://www.juraforum.de/lexikon/sorgfaltspflicht>

Was sind positive und negative Pflichten?
https://lehrerfortbildung-bw.de/u_gewi/ethik/gym/bp2016/fb5/2_exp/3_pogge/2_hilfen/

Johanniter-Weihnachtstrucker
<https://www.johanniter.de/juh/weihnachtstrucker/>

Quellen zum Beispiel

Nach der Hitze kommen Heuschrecken
<https://www.derstandard.at/story/2113894/nach-der-hitze-kommen-heuschrecken>

Pestizide gefährden die biologische Vielfalt
<https://www.bund.net/umweltgifte/gefahren-fuer-die-natur/>

(Veröffentlichung: 31. Oktober 2023, 13:49 Uhr)